



**Protokoll der 7. Sitzung des Gemeinderates Frauenfeld
vom Mittwoch, 15. November 2023, Uhr im Rathaus**

Vorsitz: Gemeinderatspräsident Pascal Frey

Namensaufruf: 39 anwesende Mitglieder

Entschuldigt: Gemeinderat Roman Fischer

Mitanwesend: Stadtpräsident Anders Stokholm, Vizepräsidentin Barbara Dätwyler Weber, Stadträtin Andrea Hofmann Kolb, Stadtrat Fabrizio Hugentobler, Stadträtin Regine Siegenthaler

Gemeinderatssekretär: Mathias Frei

- - -

Traktanden

- 31 Mitteilungen
- 32 Protokoll der Sitzung vom 20. September 2023
- 33 Protokoll der Sitzung vom 4. Oktober 2023
- 34 Botschaft Nr. 4 «Ersatz Kunstrasen Kleine Allmend»
- 35 Botschaft Nr. 6 «Alterszentrum Park; Tariferhöhungen per 1. Januar 2024: Pensionspreise und Betreuungstaxe im Alters- und Pflegeheim Ergaten-Talbach sowie Betreuungstaxe im Betreuten Wohnen»

Gemeinderatspräsident Pascal Frey (SP): Liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats, sehr geehrter Herr Stadtpräsident, sehr geehrte Damen und Herren Stadträte, geschätzte Gäste auf der Galerie, geschätzte Medienvertretende

Die letzten Tage war zwar nicht gerade Fussballwetter, aber ein Allwetterplatz ist unter anderem heute Thema. In Frauenfeld gibt es nicht nur den Fussballverein, da gibt es noch etliche mehr. Sportvereine, soziale, kulturelle, wirtschaftliche und musizierende Vereine. Spielende Personen treffen sich genauso wie naturverbundene, sammelnde oder politisierende. Im Vereinsverzeichnis sind über 350 Vereine enthalten, und ich bin mir ziemlich sicher, dass da nicht alle verzeichnet sind. Kleinstvereine zum Beispiel und solche mit beschränkenden Zugangsbestimmungen oder ähnlichem. Wenn wir die 25'000 Einwohnenden nehmen und durch die Anzahl Vereine rechnen, gibt das etwas unter 70 Vereinsmitglieder pro Verein. Einige Vereine träumen von solchen Zahlen, andere erreichen diese problemlos. Was aber immer bleibt, ist das Engagement von Vorstandsmitgliedern und die aktive Teilnahme aller Mitglieder. Entsprechend möchte ich heute meinen Dank all diesen Vereinen aussprechen. Danke, dass ihr Frauenfeld mit eurem Wirken und der wertvollen Arbeit mitträgt.

Ich möchte darauf hinweisen, dass auf der Galerie das Fotografieren, das Filmen sowie Tonaufnahmen gemäss Art. 28 des Geschäftsreglements für den Gemeinderat nicht gestattet sind. Ich begrüsse auch alle Anhängerinnen und Anhänger des FC Frauenfeld und bitte Sie, das Geschäftsreglement zu beachten, worin steht, dass Kundgebungen aller Art nicht erlaubt sind.

Nach erfolgtem Namensaufruf stellt der Gemeinderatspräsident fest, dass zu Beginn der Sitzung 38 Mitglieder des Gemeinderats anwesend sind. Der Rat ist somit gemäss Art. 30 des Geschäftsreglements beschlussfähig. Das absolute Mehr beträgt 20.

Die Tagesordnung wurde den Ratsmitgliedern rechtzeitig gemäss Geschäftsreglement des Gemeinderats Art. 23b zugestellt. Wünscht jemand das Wort zur Tagesordnung? – Da niemand das Wort wünscht, gilt diese als stillschweigend genehmigt, und wir werden die heutige Sitzung entsprechend durchführen.

31

MITTEILUNGEN

Gemeinderatspräsident Pascal Frey (SP):

- Mit Beschluss Nr. 265 hat der Stadtrat die Motion der Geschäftsprüfungskommission Finanzen und Administration zum Thema «Vorsorgeleistungen Stadtratsmitglieder» an der Sitzung vom 17. Oktober 2023 dem entsprechenden Departement zur Beantwortung zugewiesen.
- Mit Beschluss Nr. 273 hat der Stadtrat die Botschaft «Budget der Stadt Frauenfeld für das Jahr 2024» an der Sitzung vom 17. Oktober 2023 verabschiedet.
- Mit Beschluss Nr. 280 und 282 hat der Stadtrat die Botschaften Nr. 8 «Berichterstattung über den Stand der Realisierung Richtplanung per Ende 2022» sowie Nr. 9 «Sportanlage Kleine Allmend, Leichtathletikanlage, Sanierung Rundbahn und dazugehörige Infrastruktur» an der Sitzung vom 31. Oktober 2023 verabschiedet.
- Mit Beschluss Nr. 288 und 289 hat der Stadtrat die Botschaft Nr. 10 «Kauf Liegenschaften Unterer Graben vom armasuisse» sowie die Botschaft Nr. 11 «Verkauf Wilerstrasse 63, Wängi» an der Sitzung vom 7. November 2023 verabschiedet.
- Das fakultative Referendum in der Botschaft Nr. 1 «Angebotsausbau Stadtbuslinie 5, Verlängerung Versuchsbetrieb um ein Jahr und definitive Einführung ab Dezember 2024» zum Antrag «Der Bruttokredit von 291'000 Franken exkl. MWST für die Betriebskosten zur Weiterführung des versuchsweisen Ausbaus der Stadtbuslinie 5 ab dem Fahrplanwechsel vom 10. Dezember 2023 bis zum Fahrplanwechsel am 15. Dezember 2024 wird bewilligt» ist am 9. Oktober 2023 ungenutzt abgelaufen.

- Nach der Sitzung finden zwei kurze, nicht-öffentliche Informationen statt.

32

PROTOKOLL DER SITZUNG VOM 20. SEPTEMBER 2023

Gemeinderatspräsident Pascal Frey (SP): Das Protokoll der Sitzung vom 20. September 2023 wurde am 25. Oktober 2023 im Dossierbrowser aufgeschaltet. Es sind bis heute keine Änderungswünsche eingegangen. Wird das Wort zum Sitzungsprotokoll gewünscht? – Dies ist nicht der Fall, somit ist das Ratsprotokoll stillschweigend genehmigt. Ich bedanke mich bei den Beteiligten ganz herzlich für das Protokoll.

33

PROTOKOLL DER SITZUNG VOM 4. OKTOBER 2023

Gemeinderatspräsident Pascal Frey (SP): Das Protokoll der Sitzung vom 4. Oktober 2023 wurde ebenfalls am 25. Oktober 2023 im Dossierbrowser aufgeschaltet. Dazu hat Gemeinderat Christoph Regli folgende Änderung eingebracht:

Auf S. 82 müsste es Hanspeter Gubler heissen und nicht Hanspeter Hubler.

Besten Dank für das aufmerksame Lesen. Wird zu dieser Änderung oder ansonsten zum Protokoll das Wort gewünscht? – Dies ist nicht der Fall. Somit ist das Ratsprotokoll mit der Anpassung stillschweigend genehmigt. Ich bedanke mich auch hier bei allen Beteiligten ganz herzlich für das Protokoll.

34

BOTSCHAFT NR. 4 «ERSATZ KUNSTRASEN KLEINE ALLMEND» EINTRETEN, DETAILBERATUNG, BESCHLUSSFASSUNG

Gemeinderatspräsident Pascal Frey (SP): Die Botschaft Nr. 4 des Stadtrats an den Gemeinderat vom 22. August 2023 wurde am 24. August 2023 in den Dossierbrowser geladen. Als Erstes steht das Eintreten zur Debatte. Dazu hat zuerst die Sprecherin der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen das Wort.

Gemeinderätin Lisa Badertscher (SVP), Referentin im Namen der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen: Die GPK GGF ist für Eintreten.

Gemeinderatspräsident Pascal Frey (SP): Eintreten ist unbestritten und somit stillschweigend genehmigt.

Ich darf Gemeinderat Christian Schmid begrüßen, somit sind wir 39 Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, das absolute Mehr beträgt weiterhin 20.

Detailberatung

Gemeinderätin Lisa Badertscher (SVP), Referentin im Namen der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen: In unserer Sitzung erwähnten Stadtrat Fabrizio Hugentobler und Amtsleiter Roman Brülisauer einfürend die aktuellen Gegebenheiten. Der Kunstrasenplatz sei auf dem Gebiet der Sekundarschule, und man habe mit der Schulgemeinde einen Vertrag,

dass diese den Allwetterplatz dafür mitbenutzen dürfe. Zudem sei der Platz seit Anfang Jahr auch für die Öffentlichkeit zugänglich. Nebst dem FCF trainieren auch externe Vereine auf dem Platz 7, die eine höhere Miete bezahlen müssen, womit er eine sehr hohe Auslastung, vor allem über die Wintermonate geniesse. Der jetzige Kunstrasenplatz sei aus der ersten Generation und erfülle die Kriterien der Ökologie, Dämpfung und Härte nicht mehr. Das Granulat werde von den Spielenden aus dem Platz getragen und führe so zu Verschmutzungen in der Umgebung und auch in den Garderoben. Das kann ich aus eigener Erfahrung bestätigen. Zusätzlich sei er über die Jahre härter und fester geworden, was auch zu einer erhöhten Verletzungsgefahr führe.

Die Evaluation für den neuen Kunstrasen hat zusammen mit dem FCF stattgefunden. Man habe drei unterschiedliche Varianten evaluiert. Rasenplatz, verfüllter und unverfüllter Kunstrasen. Nähere Angaben in der Tabelle S. 6 der Botschaft. Schlussendlich entschied man sich aus Unterhalts-, Kosten-, ökologischen und praktischen Gründen für einen unverfüllten Platz.

In der GPK führte vor allem die Finanzierung des Kunstrasenplatzes zu Diskussionen und Fragen. Ist es wirklich Aufgabe der Stadt, den Kunstrasenersatz allein zu finanzieren oder müsste sich der FCF mittels Sponsoring daran beteiligen? Zum einen leistet der FC gute Jugendarbeit, und zum anderen habe man ein Abkommen mit der Sekundarschulgemeinde, das zu erfüllen sei, wurde vom zuständigen Stadtrat erwidert. Bis jetzt sei es Usus gewesen, dass die Stadt die Vereine nie monetär belastet habe. Es gebe aber auch Vereine, die zur Finanzierung von Projekten selbst Geld auftreiben, wie zum Beispiel die Turnfabrik, der Schwingkeller oder auch das Athletikzentrum, wurde von einem GPK-Mitglied entgegnet. Darauf meinte der Amtsleiter, dass diese als Stiftung organisiert seien und es nicht dasselbe sei. Beim Kunstrasen handle es sich um einen Ersatzbau und nicht um einen Neubau. Man habe einmal ja gesagt zu diesen Anlagen, und nun seien sie sanierungsbedürftig.

Weiter wurde diskutiert, ob sich der FCF an den Unterhaltsarbeiten beteiligen solle in Form von Fronarbeit oder ob sich die umliegenden Gemeinden finanziell beteiligen würden. Beides scheint eher nicht gewünscht oder auch aussichtslos zu sein.

Auch die Umgebungsarbeiten bei der Sanierung wurden diskutiert. Vieles davon seien Entsorgungskosten. Die Grösse des Platzes bleibe so bestehen. Das Gelände sei neu, um den Zuschauerbereich besser vom Spielbereich trennen zu können. Auch solle der Spielbereich neu im Süden des Platzes untergebracht werden und im Norden hauptsächlich der Zuschauerbereich sein.

Der zuständige Amtsleiter informierte noch, dass der Regierungsrat erfreulicherweise zugesagt habe, über den Lotteriefonds das Projekt mit 80'000 Franken zu unterstützen.

Abschliessend war man sich einig, dass die Idee weiterverfolgt werden soll, ob sich Vereine in Zukunft finanziell oder in Form von Fronarbeit an den Sportanlagen beteiligen sollen.

Der Allwetterplatz erfreut sich grosser Beliebtheit und wird auch von der Bevölkerung rege genutzt. Er dient somit nicht nur dem FCF, sondern auch als Treffpunkt für Freunde, Familien und Sportbegeisterte. Aufgrund des aktuellen Zustands sehen wir die Erneuerung daher als notwendig. Die GPK GGF hat den Antrag mit 4 Ja, 1 Nein und 1 Enthaltung angenommen.

Gemeinderat Christoph Tobler (SP), Referent im Namen der Fraktion SP: Ein Kunstrasen aus Plastik, damit man auch im Winter in der eisigen Kälte draussen Fussball spielen kann, ohne zu frieren. Ich persönlich verstehe das nicht ganz, aber jedem das seine. Mein neunjähriger Nachbar macht das gern. Er meinte, der Platz sei schon gut, das Granulat nerve einfach ein wenig. Genutzt wird der Platz offensichtlich, abgenutzt ist er ebenfalls. Neu, wie wir gehört haben, darf ihn auch die Öffentlichkeit nutzen, was wir sehr begrüssen. Entsprechend die vorliegende Botschaft, wir dürfen über den Kredit von grob 900'000 Franken befinden.

Die Botschaft ist sauber aufbereitet, die Argumentation als auch der Variantenentscheid nachvollziehbar. Wer sich wirklich, wirklich, wirklich vertiefen wollte, für den standen auch stolze 146 Seiten Anhang bereit. Das ist dann eben der sportliche Ehrgeiz, ähnlich wie in der eisigen Kälte Fussball zu spielen.

Der Ersatz des Kunstrasenteppichs beläuft sich auf 460'000 Franken, mit den zusätzlichen Ausbauten kommen wir auf einen Betrag von 900'000 Franken. Bei einer geplanten Lebensdauer von 15 Jahren kostet uns der Platz 60'000 Franken pro Jahr, ein stolzes Preisschild. Ist es das wert? Wir unterstützen mit einem neuen Kunstrasen den Fussballclub Frauenfeld, welcher vielen Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen ein sportliches Zuhause bietet. Er leistet damit auch wertvolle Integrationsarbeit. Das ist gut und das ist wichtig. Auch sinnvoll, dass die Stadt Vereine, die solche Arbeiten für die Gemeinschaft erbringen, unterstützt.

Und doch, angesichts des aktuellen Budgets und der Finanzlage der Stadt ist es zum einen wünschenswert, dass die Stadt genau hinschaut, was wirklich sein muss und was eben nice-to-have ist. Auch sollen die Vereine, welche von der städtischen Unterstützung profitieren, in die Pflicht genommen werden. Wir haben das Wort Fronarbeit gehört. Naja, natürlich entsprechend ihren Mitteln und Möglichkeiten. Dies gilt für alle Vereine, unabhängig ob Sport oder Kultur. Uns ist auch bewusst, dass der Infrastrukturbedarf je nach Verein eben auch unterschiedlich ist.

Der Stadtrat hat einige Informationen zur Umsetzung nachgereicht und auch Kürzungspotenzial aufgezeigt. Hier sehen wir einiges an Potenzial und nicht alles als must-have an. Hier laden wir den Stadtrat ein, in der Umsetzung zu prüfen, was wirklich nötig ist. Idealerweise kann sich der FC Frauenfeld zum Beispiel am Geländer und weiteren Ausbaustandards beteiligen. Dies im Sinne einer konstruktiven und verbindlichen Zusammenarbeit. Dies sollte im Rahmen des Bruttokredits mit einer Abweichung von +/- 20 % auch nach einer allfälligen Zustimmung durch den Gemeinderat noch möglich sein. Als lohnendes Beispiel, wo genau die Beteiligung der Vereine bereits umgesetzt wurde, erinnere ich gern an die intensiven Diskussionen um den KAFF-Kredit hier im Rat. Der Gemeinderat hat sich damals knapp entschlossen, das Projekt mit 300'000 Franken, einem Drittel des jetzigen Betrags, zu unterstützen. Die restliche Finanzierung, in der Summe kostet das Projekt ca. 1 Mio. Franken, hat das KAFF über andere Gelder und Crowdfunding selbstständig zusammengetragen. Die Erstellung soll noch dieses Jahr abgeschlossen werden. Sehr lobenswert, der Einsatz des Vereins KAFF. Auch sehr lobenswert, dass die Stadt solche Projekte im Sport wie hier als auch in der Kultur wie dort unterstützt.

Was unseres Erachtens massgebend ist, die Investitionen sollen für die gesamte Bevölkerung zugänglich sein. Das KAFF ist für alle offen, der neue Kunstrasenplatz, wenn nicht gerade durch den FC besetzt, seit Anfang 2023 ebenfalls. Das sind für uns Massstäbe bei künftigen Investitionen bzw. Unterstützungsleistungen der Stadt. Wie wird die öffentliche Nutzung sichergestellt? Was sind die Ressourcen der involvierten Vereine? Was könnten die Vereine selber beitragen? Weshalb investiert die Stadt und welchen Anteil übernimmt sie? Stehen schlussendlich Kosten und Nutzen in einem angemessenen Verhältnis zueinander? Falls alles stimmt, dann sind wir gern bereit für die entsprechenden Projekte und werden diese auch künftig unterstützen.

Zuletzt erlaube ich mir noch einen Hinweis auf das defizitäre Budget, die Investitionen, die wir langfristig nicht finanzieren können, und den Finanzplan. Für 2026 ist bereits das nächste grössere Projekt geplant, nämlich 13.5 Mio. Franken für die Erneuerung der Sportanlagen der Kleinen Allmend. Noch etwas weiter, das könntet ihr alle dem Budget entnehmen, stehen noch weitere Grossprojekte an. Es tut uns als Gemeinderat angesichts der derzeitigen finanziellen Situation der Stadt gut, bei Investitionen und Infrastrukturprojekten genau hinzusehen und allenfalls Kürzungen vorzunehmen, wo angebracht. Es lohnt sich also, auch bei vergleichsweise kleineren Projekten wie eben einem Kunstrasen genau hinzuschauen. Erstens summiert es sich, zweitens setzen wir damit ein Zeichen. Es ist nicht einfach pro forma, weil es nur 1 Mio. Franken sind. Ansonsten werden wir über die kommenden Jahre immer wieder die von allen Seiten geliebten Diskussionen um Steuererhöhungen führen dürfen, aber auch vor allem müssen.

Zurück zum Thema: Vorliegend wird die SP den neuen Kunstrasen, welcher dem FC Frauenfeld eben auch an eisig kalten Winterabenden den Spitzen- und Breitensport ermöglicht, unterstützen. Der Investitionsbedarf ist nachvollziehbar belegt, das Kosten-Nutzen-Verhältnis stimmt für den FC Frauenfeld, die Stadt und die Öffentlichkeit. Bei allfälligen Kürzungsanträgen werden wir die Debatte gespannt verfolgen und uns im Lauf des Abends eine Meinung diesbezüglich bilden.

Gemeinderat Sandro Erné (FDP), Referent im Namen der Fraktion FDP: Wir danken für die umfangreiche Botschaft. Die FDP-Fraktion anerkennt die Notwendigkeit und den Mehrwert einer Ersatzbeschaffung. Es ist eine von vielen noch folgenden Ersatzbeschaffungen und Sanierungen, welche uns bei den Sport- und Freizeitanlagen in den kommenden Jahren beschäftigen werden. Im Gesamtkonzept ist ersichtlich, dass der Ersatz des Kunstrasens eine hohe Priorität hat und die Erhaltung der Infrastruktur für Vereine von grundlegender Bedeutung ist. Durch die heutige Kunstrasentechnik kann ein solcher Platz flexibler und bei jedem Wetter genutzt werden. Die nutzenden Vereine sind so nicht auf die schon überfüllten Turnhallen angewiesen. Nun wird der Platz 7 sogar für die Öffentlichkeit geöffnet. Die FDP möchte hier aber mitgeben, dass dies zu weiteren Herausforderungen führen kann: unsachgemässer Gebrauch, früherer Verschleiss, mehr Aufsicht und Unterhalt. Wir hoffen, dass der Stadtrat auch an dies gedacht und in die Kosten eingerechnet hat.

Da wir gerade bei den Kosten sind: Dass bei einem Projekt wie diesem die Kostengenauigkeit bei +/- 20 % liegt, finden wir etwas viel Spannweite. Die Vorgehensweise ist in ihrer Art zwar korrekt, eine genaue Kostensicherheit hätten wir bei einem so klar abgegrenzten Platz aber erwartet. Liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, wir bewilligen in diesem Sinne nicht 0.9 Mio. Franken, sondern rund 1.08 Mio. Franken. Wir begrüßen aber im Gegenzug, dass die auf die Jahre gesehen kostengünstigste Variante vorgeschlagen wurde. Diese Variante verspricht eine gewisse Kostensicherheit über die Jahre. Der Kunstrasen kann so viel öfter auch von den Vereinen gemietet werden und generiert dadurch hoffentlich mehr Einnahmen als ein Naturrasen.

Diskussionen gab es im Bereich der Umgebung des Kunstrasens. Werden dort Terrains, Zäune oder Unterstände erneuert, welche gar nicht erneuert werden müssten? Oder könnte man etwas wiederverwenden? Vereinzelt Positionen könnte man sicherlich weglassen. Insbesondere beim Geländer für rund 20'000 Franken, welches den Platz umrahmen soll, ist man geteilter Meinung. Brauchen tut es das Geländer aus gesetzlicher oder sportlicher Sicht nicht und es kann auch ein Verletzungsrisiko bedeuten. Dafür bildet es eine klare Trennung von Publikums- und Spielbereich. Auch der Grossteil des Platzes um den effektiven Kunstrasen muss nicht zwingend in diesem Mass umgestaltet werden wie vorgesehen. Oder eventuell könnte man die Spielerbänke nochmals verwenden. Hier kommen wir mit der oft verwendeten Aussage, Wünschenswertes von Zwingendem trennen.

Mittlerweile wurden 85'000 Franken für die Erneuerung des Kunstrasens auch vom Kanton gesprochen. Die FDP erwartet nun aufgrund dieser Fakten, dass vom Stadtrat eine Nettoendabrechnung dieses Projekts von 800'000 Franken angestrebt und eingehalten wird. Dies kann er erreichen, indem er eben Wünschenswertes weglässt und sich ein klares Kostenziel setzt bei der Vergabe. Anträge einer Reduktion des Bruttokredits werden wir unterstützen, da wir so unserem Ziel der gewünschten Nettoendabrechnungssumme zumindest näherkommen und auch immer mit diesen +/- 20 % rechnen. Wenn wir von 800'000 Franken sprechen + 20 %, dann sind wir bei 960'000 Franken. 900'000 Franken sollte es kosten. Irgendwo müssen wir einfach mal sagen, ist Schluss. Wir können nicht einfach immer sagen: Ja, ja, okay, machen wir so.

Positiv werten wir die Angaben von jährlichen Kosten von rund 80'000 Franken, welche für die nächsten 15 Jahre für den Steuerzahler anfallen werden. Wir sprechen von rund 0.11 Steuerprozent oder 11 % von einem Steuerprozent, was uns das in Zukunft kosten wird. Noch besser wäre es, wenn wir jeweils eine Vergleichszahl dazu hätten, was die jährlichen Kosten vorher wa-

ren. So könnten wir im Gemeinderat und auch das Volk die finanziellen Auswirkungen einer Annahme eines Geschäfts besser beurteilen, und es werden nicht immer nur die ethischen und gesetzlichen Aspekte gewertet. Die FDP ist einstimmig für die Annahme des Bruttokredits.

Gemeinderat Samuel Kienast (EVP), Referent im Namen der Fraktion Die Mitte/EVP: Die Fraktion Die Mitte/EVP ist sich bewusst, dass die Vereine in unserer Gesellschaft eine unschätzbare Arbeit leisten. Sie haben grosse Verdienste nicht nur in sozialen Bereichen, sondern auch bei der Gesundheit und der Integration. Gerade gestern habe ich im Radio eine Mitteilung gehört, dass Vereine Freiwilligenarbeit schweizweit im Betrag von 2.5 Mia. Franken leisten. Nicht gezählt sind dabei Sozialarbeiter, die nicht oder weniger zum Bahnhof geschickt werden müssen, weil die Jugendlichen mit dem FC oder anderen Vereinen trainieren, statt irgendwo herumzuhängen und andere Dinge zu betreiben, an denen wir weniger Freude haben. Der Fussballclub Frauenfeld ist der grösste Verein in Frauenfeld. Er bietet Jugendlichen eine sinnvolle Freizeitgestaltung und leistet auch einen grossen Beitrag zur Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Das Betreiben eines solchen Vereins braucht viele, viele, viele ehrenamtliche Stunden. Unsere Fraktion ist dafür und unterstützt, dass die Stadt unsere Vereine mit Infrastrukturprojekten unterstützt. Wir werden Forderungen nach finanzieller Beteiligung der Vereine nicht unterstützen, weil sie durch ihr Engagement schon sehr viel beitragen.

Für die Fraktion Die Mitte/EVP ist der Bedarf des neuen Kunstrasens eindeutig gegeben. Die Auslastung vor allem zu Trainingszeiten, davon kann man sich bei einem Spaziergang selber überzeugen, ist sehr gross. Zum Zustand der Anlage gibt es verschiedene Berichte. Ich habe Berichte von meinem Sohn, der beim FC Frauenfeld Goalie ist und jeweils mit Schürfungen nach Hause kommt, wenn er auf dem Kunstrasen gespielt hat. Bleibt dann zu hoffen, dass das auf dem neuen Kunstrasen nicht mehr der Fall ist.

Die Variantenstudien sind nachvollziehbar, herzlichen Dank für den ausführlichen Bericht. Allerdings haben auch wir diskutiert, wie man in diesem Projekt durch Verzicht sparen kann. Da wurden wir ein bisschen dürftig beliefert, während wir zig Seiten lesen konnten, wie diese Variantenstudie zustande gekommen war. Ich würde jetzt gern eine Umfrage machen, wer das wirklich alles gelesen hat. Ich bekenne mich hier schuldig, ich habe es nicht gelesen. Ich vertraue auch dem Amt, dass sie die Arbeit gut machen. Für uns hätte eine Zusammenfassung und dann ein Link für die Interessierten genügt. Hingegen wurde uns zur Finanzaufstellung nur eine halbe Seite geliefert, was es schwierig macht, in der Fraktion zu diskutieren, was man vielleicht weglassen könnte. Auf die Nachfrage aus unserer Fraktion hat dann das Amt prompt genauere Informationen nachgeliefert. Herzlichen Dank dafür. Aus unseren Reihen wird dann dazu auch ein Antrag kommen, wie man vielleicht durch Verzicht sparen könnte.

Unsere Fraktion hat einmal mehr über die Zentrumslasten gesprochen, was ja immer wieder ein leidiges Thema ist. Beteiligungen der Gemeinden, die Vereine auf diesem Kunstrasen spielen lassen, wären eigentlich angebracht. Aber die Erfahrung zeigt, dass die nicht so zahlfreudig sind. Wir begrüssen da Bemühungen aus dem Kantonsrat, dass die Zentrumslasten anders aufgeteilt würden. Vielleicht müsste man ja die Vereine von auswärts nicht mit doppelten Mietbeiträgen belasten, sondern mit zehnfachen. Dann würden sie vielleicht zu den Gemeinden gehen und sagen, wir brauchen Unterstützung für unsere Miete. Dann würden die Gemeinden vielleicht doch bezahlen, weil sie merken, dass das immer noch günstiger ist, als einen eigenen Kunstrasenplatz zu erstellen.

Eine kleine Bemerkung erlauben wir uns noch zur zugegebenermassen nicht direkt verbandelten Beachhalle. Wir finden auch dieses Projekt sehr unterstützungswürdig. Auch da sind Leute dahinter, die viel Engagement gezeigt haben. Wir sind froh, wenn auch da vorwärtsgemacht wird, das honoriert wird und ihnen keine Steine in den Weg gelegt werden.

Zusammenfassend stehen wir grundsätzlich einstimmig hinter dem Antrag zur Erneuerung des Kunstrasenplatzes und wollen das auch als Unterstützung und herzlichen Dank an unsere Vereine sehen, ganz konkret hier den FC Frauenfeld, die zahlreich hier oben sitzen. Herzlichen Dank für ihre Arbeit und wir hoffen, dass das auch etwas dazu beiträgt, dass sie sich in unserer Stadt wohl fühlen und gut trainieren können.

Gemeinderat Elio Bohner (CH), Referent im Namen der Fraktion CH/GP/GLP: Ich möchte mit einem Lob starten. Und zwar ist es so, dass die vorliegende Botschaft für uns nachvollziehbar, gut hergeleitet und grundsätzlich vollständig sowie transparent daherkommt. Wir möchten uns auch bedanken, dass erste Fragen bereits fundiert geprüft und mehrheitlich aufgearbeitet wurden im Nachgang an die Veröffentlichung der Botschaft und zur Vorbereitung dieser Sitzung heute. So lässt es sich tatsächlich gut entscheiden.

Dennoch gab es einige Fragen, insbesondere bezüglich der grundsätzlichen Finanzierung von Sportanlagen, wir haben es bereits gehört. Diese Fragen konnten aber bei uns fraktionsintern mehrheitlich geklärt werden. Dabei hat sich herausgestellt, dass eben Äpfel wirklich nicht mit Birnen verglichen werden sollten, so auch in Sachen Beteiligungen von Vereinen an Investitionen, wenn diese als Mieter und nicht als Besitzer agieren. Insofern lässt sich festhalten, dass die Fraktion CH/GP/GLP die Förderung von Sport klar unterstützt und wir es sehr begrüßen, dass hier laufend in die Erhaltung der Angebote in Frauenfeld investiert wird.

Auch begrüßen wir sehr, dass eine möglichst nachhaltige Option ausgewählt wurde. Wichtig ist es aber, dass diese Anlagen auch der Allgemeinheit zugutekommen. Ich schätze die Anwesenheit des FC sehr, auch ich habe da ein persönliches Interesse an solchen Anlagen, aber es ist eben die Allgemeinheit, die hier auch davon profitieren soll, weil die Investition auch von der Allgemeinheit getätigt wird, d. h., nebst den hauptnutzenden Vereinen auch den Schulen sowie Nutzerinnen und Nutzern in der Freizeit zugänglich sind. Eine Abwägung, die sicherlich nicht ganz einfach ist, aber bei städtischen Anlagen bis anhin ganz gut gelingt. In der hier vorliegenden Botschaft ist dieser Aspekt klar gegeben, und die grosse Diversität an Nutzenden spricht für sich.

Zudem ermöglicht die Stadt mit der Investition in die Sportanlagen und das Tragen der Kosten auch, dass die Mieter (ortsansässige Vereine) die Mitgliederbeiträge auf erträglichem Niveau halten können, denn externe Vereine bezahlen beträchtlich mehr. Diese Tarife sind alle auf der Webseite aufgeschaltet. Dies ist auch insbesondere wichtig für gesellschaftliche und soziale Aspekte.

Abschliessend lässt sich somit sagen, dass die grosse Mehrheit dem Antrag in der Botschaft zustimmen wird und wir als Fraktion Ihnen empfehlen, es uns gleich zu tun.

Gemeinderätin Christa Zahnd (SVP), Referentin im Namen der Fraktion SVP/EDU: Eine Renovation des Kunstrasens ist nötig, wir begrüßen die Abklärungen und das Aufzeigen der verschiedenen Varianten durch die Verantwortlichen. Der Bedarf ist ausgewiesen, und wie bereits eingangs erwähnt, handelt es sich um eine Sanierung und nicht um ein Neubauprojekt. Auch ist für uns der Grundsatz richtig, dass die Stadt den Vereinen und der Bevölkerung Infrastrukturen für eine sportliche Betätigung zur Verfügung stellt. Wir finden es aber auch nicht falsch, wenn der FC sich zum Beispiel bei einem Einweihungsfest mit helfenden Händen beteiligt. Beim Bau mitzuhelfen, erachten wir eher als schwierig.

Was in unserer Fraktion mehr zu reden gab, ist die Tatsache, dass wir an der letzten Sitzung das Gesamtkonzept der Sportanlagen zur Kenntnis genommen haben und darin unserer Meinung nach zu wenig detailliert bekannt wurde, wie sich der Stadtrat die Planung und vor allem Finanzierung der Sportanlagen vorstellt, liegt doch bereits wieder eine neue Botschaft zur Kleinen Allmend vor. Das riecht schwer nach einer häppchenweisen Erneuerung, welche am Volk vorbei-

geht. Gerne erwarten wir bei der Kunsteisbahn eine Botschaft über die Planung der Gesamterneuerung und würden zudem gern wissen, was der Stadtrat mit der Tennishalle plant. Oder auch ein Teilprojekt mit den Kosten, was in der Kleinen Allmend in Zukunft noch für Renovierungen anstehen.

Was uns ebenfalls sauer aufstösst, ist, dass der Voranschlag +/- 20 % ist. Dies ist unserer Meinung nach eine zu grosse Spannweite. Deshalb stellen wir den Antrag, dass die Differenz von +/- 20 % auf höchstens + 10 % reduziert wird.

Gemeinderatspräsident Pascal Frey (SP): Ich verlese nochmals den Antrag der Fraktion SVP/EDU: «Dem Ersatz des Kunstrasens auf der Kleinen Allmend in der Höhe von 898'300 Franken +/- 10 % inkl. 8.1 % MWST wird zugestimmt.»

Gemeinderat Roland Wyss (EVP), Referent im eigenen Namen: Eines vorweg: Ich bin für den Unterhalt und somit auch für den Ersatz des Kunstrasens.

Die Finanzlage der Stadt Frauenfeld, wir haben es gehört, ist nicht mehr so toll, wie sie es einmal war. Entweder müssen wir mittel- oder längerfristig die Einnahmen erhöhen, oder es ist in allen Bereichen Sparen angesagt. Vermutlich geht es nur mit beidem. Erlauben Sie mir einen Blick zurück.

Mit dem Budget 2007 wurden die Herstellungskosten des Kunstrasens von 650'000 Franken bewilligt, die Abrechnung der Arbeiten erscheint in der Rechnung 2007 mit brutto 672'740.75 Franken, abzüglich dem Beitrag Lotteriefonds von 400'000 Franken. Zwei Punkte erstaunen mich im Vergleich zur vorliegenden Botschaft.

Die Bezeichnung des Kontos im Budget und der Rechnung 2007 lautete «Allwetter-Trainingsplatz, Ersatz Rindenplatz». Schon damals war die Verschmutzung störender Teil. Der Neubau kostete rund 673'000 Franken, was indexiert einem Betrag von rund 733'000 Franken entspricht. Wieso sprechen wir heute über einen Spielplatz mit Zuschauern, obwohl es bei der Erstellung um einen Trainingsplatz ging? Wieso soll eine Sanierung 170'000 Franken mehr kosten als ein indexierter Neubau?

Mir ist bewusst, dass die gewählte Variante auch etwas teurer ist, aber sicher nicht so viel. Aus meiner Sicht kann dies nur so begründet werden: Ein grosser Teil der Mehrkosten wird benötigt, um einen Spielbetrieb zu ermöglichen, was aber nicht im Sinn des Erstellers war. Können und wollen wir uns das in der heutigen Zeit leisten? Ich hätte es schön gefunden, wenn wir darüber separat entscheiden könnten. Einerseits über den Ersatz, andererseits über das zusätzliche Angebot für einen Spielbetrieb. Dies können wir heute nur noch so erreichen, dass wir eine Reduktion für den Spielbetrieb separat beantragen. So kann und soll dieser Rat darüber befinden, ob es reine Unterhaltsarbeiten bewilligt oder auch einen Spielbetrieb mit Mehrwert ermöglichen will. Ich freue mich auf die Diskussion.

Die nachgelieferten Kosten geben etwas mehr Transparenz. Danke dafür. Einige Punkte bleiben aber offen. Wieso werden die Kosten für den Rückbau und die Entsorgung des Kunstrasens sowie die Anpassung und die Reinigung des Drainasphalts nicht in die Kosten Ersatz Kunstrasenteppich eingerechnet? Was haben diese Kosten mit dem Beschrieb Umgebung, Lagerplatz und Geländer zu tun? Ich habe versucht, anhand der vorliegenden Unterlagen die Mehrkosten für den Spielbetrieb herauszuidividieren gemäss der Tabelle S. 4 der nachgelieferten Unterlagen.

- Die Regiearbeiten, Installation und Abschlüsse können aus meiner Sicht halbiert werden, was einem Minus von 30'000 Franken entspricht.
- Der Lagerplatz mit Spielerbank kann gekürzt werden, vermutlich fallen ohnehin Kosten an in diesem Bereich, daher ein Minus von 50'000 Franken.

- Das Zuschauergeländer, wir haben es bereits gehört, muss nicht zwingend ausgeführt werden. Minus 20'000 Franken.

Auch wenn es nur um 100'000 Franken geht, erscheint es mir wichtig, darüber zu diskutieren und zu entscheiden. Aus meiner Sicht benötigen wir das Geld an anderer Stelle dringender. Damit wir nun das Notwendige vom Wünschenswerten sauber trennen können, stelle ich folgenden Antrag:

«Der Antrag in der Botschaft ist wie folgt zu ändern: Dem Ersatz des Kunstrasens als Allwetter-Trainingsplatz der Kleinen Allmend in der Höhe von 798'300 Franken +/- 10 % inkl. 8.1 % MWST wird zugestimmt.»

Es muss uns bewusst sein, dass wir bei einer Kostengenehmigung von rund 900'000 Franken mit einer Kostengenauigkeit von +/- 20 % die Kostenfreigabe, wir haben es gehört, von 1.08 Mio. Franken bewilligen.

Gemeinderatspräsident Pascal Frey (SP): Es wurde ein weiterer Antrag gestellt. Ich werde diesen auch nochmals vorlesen, damit ihn sicher alle gehört haben. «Der Antrag in der Botschaft ist wie folgt zu ändern: Dem Ersatz des Kunstrasens als Allwetter-Trainingsplatz der Kleinen Allmend in der Höhe von 798'300 Franken +/- 10 % inkl. 8.1 % MWST wird zugestimmt.»

Gemeinderat Roland Wyss (EVP), Referent im eigenen Namen: Eine kleine Korrektur: Der Antrag würde erst dann, wenn die +/- 10 % bewilligt werden, auch so lauten, ansonsten wären es +/- 20 %.

Gemeinderat Christoph Regli (Die Mitte), Referent im eigenen Namen: Es ist in der Botschaft deutlich dargestellt, dass die intensive Nutzung das Lebensende deutlich mitbestimmt. Entsprechend darf es eigentlich nicht sein, dass «weitere Teams aus den umliegenden Fussballclubs auf dem Spielfeld trainieren, wenn deren Gemeinde keinen Beitrag leistet, und zwar proportional gemäss Plan der Winternutzung.» Einen eigenen Platz müssten sie während des ganzen Jahres haben und pflegen. Wenn die Gemeinden nicht zustimmen, uns bei dieser Zentrums-last ein wenig zu unterstützen, müsste man den Platz während dieser Zeit lieber leer stehen lassen. Sollen nun die Gemeinden angefragt werden? Das würde nun aber meines Erachtens zu viel Zeit kosten, die wir nicht haben. Lesen wir doch, «die Anzahl und Vielfalt der Verletzungen in den Trainings auf dem Kunstrasen haben gemäss den Verantwortlichen des FCF in den letzten Monaten markant zugenommen. Eine Realisierung des Projekts in naher Zukunft wäre deshalb für die Gesundheit aller Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen sehr förderlich und wünschenswert». Müsste man den Platz nach diesen Zeilen nicht diesen Winter schon aus Sicherheitsgründen sperren?

Es gibt auch eine Alternative betreffend die Gemeinden. Die auswärtigen Vereine müssten meines Erachtens exorbitant höhere Beiträge bezahlen, zum Beispiel das Zehnfache des FCF. Ihren Fussballklubs werden die anderen Gemeinden nämlich eine Unterstützung in diesem Rahmen nicht verweigern sondern das Geld geben – und sonst halten wir halt wirklich den Platz frei und schonen ihn.

Ein weiterer Punkt: Ich bin dann gespannt, wie wir die Halbierung der Unterhaltskosten in Budget und Rechnung sehen werden. Ich freue mich bereits auf die entsprechende Randnotiz.

Ein weiteres wichtiges Anliegen ist mir: Gerne hätte ich dieser Finanzierung nach dem Finden der Lösung für die Beachhalle zugestimmt, einfach damit die Reihenfolge der Umsetzung unserer Entscheide eingehalten wäre und sicher keine unnötige Opposition dagegen entstehen würde. Weil wir diese Zeit aber nicht haben, stelle ich keinen entsprechenden Antrag. Aber ich erwarte, dass für die Beachhalle sehr zeitnah eine Lösung gefunden wird.

Gemeinderat Ralf Frei (SP), Referent im Namen der SP-Fraktion: Nun, heute ist ein schöner Tag. Heute ist nicht nur Gemeinderatssitzung, heute erfahren wir auch noch ansatzweise, wie ernst es die bürgerlichen Ratsmitglieder mit ihrem Sparwillen meinen. Wie ein Grossteil des Rats in der Zwischenzeit sicher mitbekommen hat, gab es auch in der SP-Fraktion ziemlich konkrete Überlegungen für einen Antrag, den Betrag für den Kunstrasen und alles, was laut Botschaft zu einem Kunstrasen dazugehört, etwas zu reduzieren. Der Antrag von Roland Wyss ist nun gar noch etwas kompromissiger, weshalb wir diesen gern unterstützen. Besten Dank für diesen Antrag. Wir sind der Meinung, dass die stadträtliche Botschaft schlicht zu viel will, sprich zu viele Nice-to-haves für den FC Frauenfeld, und dass die finanzielle Lage der Stadt zu wenig berücksichtigt wird. Selbstverständlich leistet der FC Frauenfeld wichtige Vereinsarbeit, was dem Zusammenleben in dieser Stadt dient. Aber das machen andere auch. Und wenn wir schauen, wie sich andere Vereine und Veranstalter für deutlich weniger Geld ein Bein ausreissen müssen, sollten wir dem Antrag von Roland Wyss definitiv folgen.

Gemeinderat Ivo Begic (GLP), Referent im eigenen Namen: Normalerweise bin ich nicht der, der viel redet, aber ab und zu muss ich auch etwas sagen. Und ich finde es sehr wichtig, wenn ich jetzt etwas sage.

Wir haben heute Abend gehört: Sport ist wichtig, junge Menschen sind wichtig. Wir müssen auf jeden Fall schauen, dass wir denen ermöglichen, dass sie den Sport weitermachen können. Aber wir dürfen auch nicht vergessen: Im Moment haben wir viele Kosten, welche auf uns zukommen. Alle Fraktionen haben gesagt, wir sollten oder müssen einen Kompromiss finden. Sport ist wichtig, junge Menschen müssen irgendwo ihre Zeit verbringen. Wir müssen alles unternehmen, was in unserer Macht steht, damit die den Kunstrasen bekommen, aber mit einem gesunden Kompromiss. Diesen Kompromiss hat die SVP vorgestellt, Kollege Wyss hat ihn auch vorgestellt, ich bin auch dafür.

Stadtrat Fabrizio Hugentobler (FDP): Ich möchte mich bedanken für die vielen wohlwollenden und auch kritischen Voten. Ich gehe auf einige speziell ein und habe dann eine Kurzzusammenfassung in vier Kapiteln.

Fronarbeit wurde angesprochen. Fronarbeit passiert auf der Kleinen Allmend und auch an anderen Orten. Für alle, die finden, Mitglieder oder Vorstandsmitglieder eines Clubs sollen mehr Fronarbeit leisten, denen möchte ich wärmstens ans Herz legen, engagieren Sie sich in einem Verein.

Es wurden auch Vergleiche hergestellt mit dem KAFF oder der Turnfabrik. Ich möchte betonen: Das sind Vergleiche, die hinken, weil die Trägerschaften unterschiedlich sind und teils die Anlage auch nicht für die Öffentlichkeit bestimmt sind.

Die +/- 20 % haben wir aufgenommen, die nehmen wir auch gern mit für weitere Abklärungen. Wenn das so zu ungenau ist, dann investieren wir zukünftig mehr Geld in Vorabklärungen, damit wir dann mit präziseren Kosten aufwarten können.

Zum Vorschlag, dass auswärtige Vereine das Zehnfache auf unseren Anlagen bezahlen sollen, möchte ich mit auf den Weg geben, dass es unzählige Vereine gibt, die ausserhalb von Frauenfeld trainieren. Das könnte dann ganz schnell auch zum Bumerang werden.

Wir haben in der Botschaft aufgezeigt, dass wir nicht nur einen Bedarf haben, sondern auch optimieren möchten. Ich möchte betonen, dass wir mit solchen Vorlagen immer sehr genau auf anschliessende Ausführungskosten achten und nur das Notwendigste veranlassen, also wirklich peinlich darauf achten, dass die Kosten im Griff bleiben.

Zur Preissteigerung: Es wurde auch der Vergleich mit der ursprünglichen Anlage des Kunstrasens gestellt. Ich möchte dazu Folgendes zu bedenken geben: Gemäss schweizerischem Baupreisdex ergibt sich für die Tiefbauarbeiten in der Ostschweiz zwischen April 2007, damals haben wir den ersten Kunstrasen erstellt, und April 2023 eine Teuerung von 23.9 %. Für den Kunstrasen gibt es keine detaillierten Angaben zur Teuerung. Aber ganz bestimmt stellt ein Kunstrasen, der hauptsächlich aus Erdöl produziert wurde, sich sicher nicht hinten an, was die Teuerung angeht. Ich möchte eine ganz einfache Rechnung aufstellen. Wenn wir die Rechnung 2007 nochmals hervorziehen und die 672'000 Franken für den damaligen Kunstrasen aufrechnen mit der Teuerung, dann landen wir bei 833'000 Franken. Und wenn ich dann noch die Entsorgung dazunehmen, dann sind wir bei 898'0530 Franken. Das sind 230 Franken weniger mit dem neuen, als wir damals mit der Teuerung aufgerechnet haben.

Notwendig oder wünschbar: Ein Allwetterplatz ist für alle und nicht für wenige, und es ist der einzige Platz – kleiner Wink mit dem Zaunpfahl –, der auch der Öffentlichkeit zur Verfügung steht, nicht nur einem Verein. Was für die Stadt wichtig ist, ist eine Frage der Optik. Selbstverständlich kann man das verschieden betrachten. Wir haben das Projekt von einem ausgewiesenen Fachbüro für Sportanlagenbau erstellen lassen und wir haben die Kosten so genau wie möglich – eben +/- 20 % – ermittelt und ausgewiesen. Der viel diskutierte Zuschauerbereich im Süden des Kunstrasens, der heute mit einem schrägen Drainasphalt ausgebildet ist, war die Empfehlung der Fachleute, diesen Drainasphalt auch zu ersetzen durch Verbundsteine. Man könnte jetzt sagen, dann machen wir ihn wieder schräg, dann könnte man einsparen. Aber es kommt sicher jetzt günstiger, als wenn wir ihn in ein paar Jahren ersetzen.

Wir haben in den ergänzenden Ausführungen zur Botschaft aufgelistet, dass wir mit dem Weglassen des Geländers resp. dem Weglassen des Winkelelements im Süden ca. 45'000 Franken einsparen könnten.

Zum Vorgehen: Das Gesamtkonzept zeigt auf S. 76 auf, wie wir mit Anlagenteilen bei hoher Priorität und kurzfristigem Handlungsbedarf umgehen. So auch der Kunstrasen. Der ist als eines der Beispiele dort aufgeführt. Wir erachten die Priorität als hoch und haben deshalb die Botschaft vorgebracht. Bei allen anderen Varianten auf der Kleinen Allmend wie auch auf der Kunsteisbahnseite entscheidet dann das Budget über das weitere Vorgehen, weil wir im Budget einen Betrag eingestellt haben, um das einer Machbarkeitsstudie zu unterziehen und so auch die zu erwartenden Kosten genau ermittelt werden können.

Vielleicht noch ein paar Worte zum hauptnutzenden Verein, dem FCF: Ich nehme den FCF sinnbildlich für unsere Sport- und Freizeitvereine und als Beispiel. Sie zeichnen sich aus durch ein hohes freiwilliges Engagement zugunsten des Sports, aber auch unserer Gesellschaft. Wenn jemand Integrationsarbeit leistet, dann sicher der FC. Es sind doch immerhin 72 Trainerinnen und Trainer, die dort am Rand stehen und Freiwilligenarbeit leisten und nicht weniger als 400 Juniorinnen und Junioren.

Vereine sind für uns wichtig, deshalb hatten wir bisher die Praxis, dass wir als Stadt versuchen, die Sportinfrastruktur zu ermöglichen, und die Vereine bespielen diese. Aus den genannten Argumenten sehen wir eine allfällige Kürzung wie schon aufgezeigt um 45'000 Franken als realistisch. Wir wünschen uns mit dem Kreditantrag nicht nur Luxus, sondern möchten wieder eine zeitgemässe Infrastruktur bieten, und das scheint uns wichtig. Wir beantragen mit dem Kredit, der eben 230 Franken unter dem Kredit von 2007 liegt, eine neue Infrastruktur, die wir als wichtig erachten. Ich bedanke mich, wenn Sie unserer Botschaft und unserem Antrag folgen.

Gemeinderatspräsident Pascal Frey (SP): Die SVP-Fraktion hat den Antrag gestellt, die Höhe der Abweichung auf +/- 10 % zu setzen und Gemeinderat Roland Wyss hat den Antrag gestellt, den Kredit um 100'000 Franken zu reduzieren. Dies sind meiner Meinung nach keine gleichgestellten Anträge, da sie einen anderen Wert betreffen. Ich werde deshalb so abstimmen lassen, dass wir bei den +/- 10 % abstimmen, ob der Antrag in der Botschaft geändert werden soll und

auch, ob der Antrag in der Botschaft um 100'000 Franken gekürzt werden soll, bevor wir dann über den Antrag – allenfalls geänderten Antrag – der Botschaft abstimmen. Gibt es dazu Einwände? – Dies scheint nicht der Fall zu sein.

Abstimmung

Der Antrag der Fraktion SVP/EDU wird mit 30 Ja-Stimmen gegen 4 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen angenommen.

Abstimmung

Der Antrag von Roland Wyss wird mit 20 Ja-Stimmen gegen 16 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen.

Abstimmung

Der geänderte Antrag des Stadtrats «Dem Ersatz des Kunstrasens der Kleinen Allmend in der Höhe von 798'300 Franken +/- 10 % inkl. 8.1 % MWST wird zugestimmt» wird mit 37 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

Gemeinderatspräsident Pascal Frey (SP): Ich wünsche den anwesenden Mitgliedern des FC Frauenfeld trotzdem alles Gute, auch wenn es vielleicht etwas Konsternierung gibt. Ich wünsche eine kurze Umbauphase und einen guten Start auf dem neuen Kunstrasen.

35

BOTSCHAFT NR. 6 «ALTERSZENTRUM PARK; TARIFERHÖHUNGEN PER 1. JANUAR 2024: PENSIONSPREISE UND BETREUUNGSTAXE IM ALTERS- UND PFLEGEHEIM ERGATEN-TALBACH SOWIE BETREUUNGSTAXE IM BETREUTEN WOHNEN» EINTRETEN, DETAILBERATUNG, BESCHLUSSFASSUNG

Gemeinderatspräsident Pascal Frey (SP): Die Botschaft Nr. 6 «Alterszentrum Park; Tariferhöhungen per 1. Januar 2024: Pensionspreise und Betreuungstaxe im Alters- und Pflegeheim Ergaten-Talbach sowie Betreuungstaxe im Betreuten Wohnen» vom 26. September 2023 wurde am 28. September 2023 in den Dossierbrowser geladen. Als Erstes steht auch hier das Eintreten zur Debatte.

Gemeinderatspräsident Pascal Frey (SP): Da niemand das Wort zum Eintreten wünscht, ist dieses stillschweigend genehmigt, und wir kommen zur Detailberatung.

Kathrin Widmer Gubler (FDP), Referentin im Namen der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen: Gemäss Art. 8 des AZP-Reglements obliegt es dem Gemeinderat, die Pensionspreise und die Betreuungskosten im Alters- und Pflegeheim Ergaten-Talbach sowie die Betreuungstaxe im Betreuten Wohnen festzusetzen. Art. 52 Abs. 4 der Gemeindeordnung in Verbindung mit Art. 20 Ab 2 des AZP-Reglements definiert, wie die Tarife festzusetzen sind. Sie müssen mindestens die Betriebskosten decken bzw. im Alters- und Pflegeheim kostendeckend sein, Rückstellungen für allfällige Betriebsdefizite, werterhaltende Investitionen ermöglichen und sie müssen sich im Rahmen vergleichbarer Institutionen bewegen.

Die aktuellen Preise und Taxen decken die realen Kosten der Infrastruktur, der Hotellerie und der Betreuungsleistungen nicht, weshalb der Stadtrat beantragt, im Alters- und Pflegeheim Ergaten-Talbach seien die Pensionspreise und die Betreuungstaxe anzupassen, und im Betreuten Wohnen sei die Betreuungstaxe anzupassen.

Zur Begründung der Anträge 1 bis 5 der vorliegenden Botschaft skizzierte Stadträtin Regine Siegenthaler die Ausgangslage und führte aus, dass die Aufwände im AZP sowohl bei den Personal- wie auch bei den Sachkosten massiv gestiegen seien und weiterhin steigen würden. Bei den Personalkosten wird von einem Mehraufwand von mindestens 820'000 Franken ausgegangen. Ich verweise hierzu auf die Seiten 2 und 3 der vorliegenden Botschaft. Hauptsächliche Kostentreiber seien Langzeitabsenzen und Mehraufwände für temporäres Personal, Teuerung auf den Löhnen sowie für die 2024 als notwendig erachteten Lohnerhöhungen beim Pflegefachpersonal sowie bei den Mitarbeitenden ohne Ausbildung. Hinzu kommen der grosse Koordinationsaufwand zur personellen Sicherstellung des Betriebs sowie Kosten für Massnahmen zur Mitarbeiterfindung und -bindung. Bei den Sachkosten fielen die gestiegenen Lebensmittel- und Energiepreise ins Gewicht.

Zusammenfassend hielt die Stadträtin fest, dass die gestiegenen Sach- und vor allem Personalaufwände in der Summe dazu führten, dass das AZP auch 2023 erneut mit roten Zahlen bzw. einem geschätzten Defizit von 200'000 Franken abschliessen werde. Um die vom Gesetz definierten Vorgaben zu erfüllen, sei in Anbetracht der Aufwandsteigerungen Tarifierhöhungen notwendig. Die beantragten Erhöhungen ermöglichten der Finanzbuchhaltung ein ausgeglichenes Budget mit einem budgetierten Gewinn von 65'000 Franken und einer Einlage in die Spezialfinanzierung von 200'000 Franken, sodass diese ab 2026 wieder in ein Plus kommen sollte. Ob die so angepassten Tarife auch nach 2024 ausreichen würden, sei schwierig abzuschätzen. Angestrebt sei aber, dass diese Tarifierhöhungen auch mittelfristig ausreichen, vor allem auch da die EL-Limite nicht weiter überschritten werden solle. Im Übrigen sei das AZP laufend daran, die Kosten zu überprüfen. Im Rahmen der Strategie AZP 2030 wurden bereits Projekte zu Qualitäts- und Projektmanagement und zur Kostenkontrolle angestossen. Eine Vielzahl von Projekten mit externer Begleitung ist geplant. Gemäss Stadträtin Regine Siegenthaler gehören dazu eine Tätigkeitsanalyse, die Überprüfung der Kostenrechnung, die Einführung eines Finanz-Controllings, die Weiterführung des Projekts Qualitäts- und Projektmanagement sowie ein Projekt zur Effizienzsteigerung insbesondere in der Küche. In Zusammenarbeit mit dem Stadtgarten sei eine Grundausbildung für temporäres Personal geplant. Ich verweise hierzu auch auf das Budget AZP 2024.

In der anschliessenden Diskussion fokussierte die GPK auf das Thema Berechnung der Tarifierhöhungen und EL-Grenze sowie auf das Thema Personalkosten, Fachkräftemangel, Mitarbeiterpflege und Arbeitgeberattraktivität.

Zum Thema Berechnung der Tarifierhöhungen und EL-Grenze führte die Stadträtin aus, dass ein ausgeglichenes Budget und die Berücksichtigung der Kostenrechnung, die mit den aktuell gültigen Tarifen eine Unterdeckung ausweise, für die Berechnung der Pensions- und Betreuungstaxe massgebend seien. Mit den beantragten Tarifierhöhungen liegt die Belastung bei praktisch allen Einzimmern über der EL-Grenze. Der Entscheid, mit den beantragten Tarifen die EL-Limite überschreiten zu müssen, sei ein schwieriger gewesen. Solange diese Limite aber vom Kanton nicht angepasst werde, habe das AZP kaum andere Möglichkeiten. Für Härtefälle könnte hier auf den Solidaritätsfonds zurückgegriffen werden. Die von der Belastung her unter der EL-Limite liegenden Zweierzimmer seien bei den Gästen nicht beliebt und im praktischen Betrieb aufgrund des Konfliktpotenzials für die Mitarbeitenden fordernd, gab der Zentrumsleiter zu bedenken.

Sehr beschäftigt die GPK die Personalsituation. Die grösste Herausforderung und der grösste Kostentreiber für das AZP sind die Folgen der doppelten demografischen Entwicklung. Auf der einen Seite führen zunehmend komplexe Pflegebedürfnisse einer immer älter werdenden Klientel zu steigendem Pflegeaufwand. Auf der anderen Seite führen der verschärfte Fachkräftemangel, Langzeitabsenzen und der Einsatz von temporärem Personal in der Pflege und Hotellerie zu massiv steigenden Kosten. Nicht nur die finanzielle, insbesondere auch die personelle Sicherstellung des Betriebs ist anspruchsvoll und wird aufgrund der Entwicklung sehr anspruchsvoll bleiben. Das AZP habe Massnahmen ergriffen und adressiere das Thema auf verschiedenen Ebenen. Ich verweise hierzu auf die vorliegende Botschaft sowie auf das Budget AZP 2024. Dennoch zögen die Mehrkosten auf dem personellen Bereich die guten Erträge aus der Pflege ins Uferlose,

was frustrierend sei, meint die Finanzchefin. Die GPK ist einig, dass das AZP hier gefordert ist, zügig weitergehende, effektive und kreative Ansätze für die Mitarbeiterfindung, die Mitarbeiterbindung und die Mitarbeiterpflege zu entwickeln.

Den Anträgen 1 bis 5 gemäss vorliegender Botschaft stimmt die GPK mit je 5 Ja und 1 Enthaltung zu.

Gemeinderätin Priska Brenner-Braun (GP), Referentin im Namen der Fraktion

CH/GP/GLP: Die Botschaft hat in unserer Fraktion zu Diskussionen geführt und Fragen aufgeworfen. Im Gegensatz zu früheren Jahren werden wir diesmal nicht alle Anträge mehr oder weniger geschlossen unterstützen können. Vorab möchte ich anmerken, dass uns allen klar ist, dass sich das AZP in einer schwierigen finanziellen Situation befindet und dass Lösungen gefunden werden müssen. Wir danken Ihnen, dass Sie bestrebt sind, der anspruchsvollen Situation zu begegnen. Heute gilt es, das weitere Vorgehen besonders sorgfältig abzuwägen, denn Sie wollen mit dieser Botschaft quasi auch Neuland betreten. Doch dazu später.

Sie begründen die beantragten Erhöhungen der Pensionspreise und der Betreuungstaxen damit, dass die aktuellen Preise und Taxen die realen Kosten der Infrastruktur, der Hotellerie und der Betreuung nicht mehr abdecken. Weiter weisen Sie darauf hin, dass es ohne Anpassungen nicht möglich sein wird, Reserven aufzubauen. Sie denken dabei auch an den angedachten Ersatzneubau und die Sanierungen ab 2030. Im Hinblick auf diese Bautätigkeiten sei eine Rechnung anzustreben, die Reservebildungen zulasse. Manche von uns stellen die Frage, ob es unter den gegebenen Umständen angezeigt ist, Reserven im Betrag von ungefähr 200'000 Franken anzustreben. Hier sind wir bei einem ersten Punkt, bei dem wir um gelegentliche rechtlich fundierte Klärung bitten. Es ist in unserer Fraktion unbestritten, dass Rückstellungen für werterhaltende Investitionen gemacht werden können und wo möglich gemacht werden müssen. Es stellt sich jedoch die Frage, ob es rechtlich korrekt ist, aus den Pensionspreisen und aus den Betreuungstaxen Rückstellungen für künftige Sanierungen oder Neubauten vorzunehmen. Wir verweisen dazu auf den Bericht des Preisüberwachers vom 14. Dezember 2018. In diesem wird festgehalten, dass Bewohnenden von Gesetzes wegen höchstens kostendeckende Tarife für Hotellerie und Betreuung zu verrechnen sind. Die Pflegekosten dürfen nicht durch Hotellerie oder Betreuungstaxen quersubventioniert werden. An diesen Kosten beteiligen sich die Krankenkassen, die Bewohnerinnen und Bewohner, die Gemeinden bzw. die Kantone. Für die Finanzierung der Restkosten der Pflege sind die Kantone resp. die Gemeinden zuständig. Wir verweisen dazu auf ein Bundesgerichtsurteil vom 20. Juli 2018.

Wir kommen zum zweiten Punkt, den wir in der Fraktion ausführlicher besprochen haben: die Löhne des Personals. Wie viele Institutionen leidet das AZP unter dem Fachkräftemangel. Wir begrüssen, dass die Löhne und weitere Leistungen angepasst werden, und unterstützen mutige Schritte, die allen Angestellten zugutekommen. Aus unserer Sicht dürfte es günstiger sein, festangestelltes Personal bei guten Arbeitsbedingungen grosszügig zu entlohnen, als temporäre Fachkräfte anzustellen. Wir sind uns bewusst, dass das leichter gesagt als getan ist, und danken Ihnen für alle Ihre Bemühungen in diesem Bereich. Danken möchten wir Ihnen insbesondere auch dafür, dass Sie viel Zeit und Geld in die Ausbildung von über 40 Personen in verschiedenen Berufen investieren. Das ist eine grossartige Leistung.

Nun komme ich zum quasi Neuland, das Sie mit der Botschaft betreten wollen. Dies finden wir unter Punkt 7.2 Neue Tarife in Einzelzimmern. Sie beantragen als öffentliche städtische Einrichtung für 77 von 82 Betten in Einzelzimmern neue Tarife, die unter Berücksichtigung der neuen Pensions- und Betreuungstaxen über der Tageslimite der Ergänzungsleistungen liegen, und dies im Betrag von 1 bis 19 Franken pro Tag. Curaviva, der nationale Branchenverband der Dienstleister für Menschen im Alter schreibt im Faktenblatt Pflegefinanzierung in der Schweiz unter dem Titel «Offene Fragestellungen und Risiken in der Pflegefinanzierung» Folgendes: «Reichen die eigenen Einkünfte und Mittel für die Finanzierung der Pensions- und Betreuungskosten sowie

den eigenen Finanzierungsanteil der Pflegekosten nicht, so kann die betroffene Person ein Gesuch um Ergänzungsleistungen stellen.» Curaviva rechnet damit, dass rund 60 % der pflegebedürftigen Bewohnerinnen und Bewohner für die Finanzierung der Pensionskosten und der Betreuungskosten auf die Hilfe der Ergänzungsleistungen angewiesen sind. Der Beobachter empfiehlt in einem am 9. Mai 2023 aktualisierten digitalen Artikel: «Wer nicht genug Geld hat, um das Heim zu bezahlen, kann Ergänzungsleistungen beantragen.» Die Pro Senectute verweist auf ihrer Homepage ebenfalls auf dieses Vorgehen. Wir können also wohl davon ausgehen, dass ein Aufenthalt in einer üblichen, öffentlichen städtischen Einrichtung mithilfe von Ergänzungsleistungen finanzierbar sein muss. Das entspricht einer bis heute verlässlichen Normalität. Wenn wir davon abweichen, hat dies für die heutigen und künftigen Bewohnerinnen und Bewohner des AZP weitreichende Folgen, auf die ich später an diesem Abend eingehen möchte. Wenn andere öffentliche Institutionen im Kanton nachziehen, entsteht ein unsinniger, teurer Verwaltungsaufwand. Wir drängen unsere betagten Mitmenschen, die über beschränkte finanzielle Mittel verfügen, in die Sozialhilfe, um Budgets zu sanieren. Wir sind der Meinung, dass es Aufgabe des Kantons ist, dafür zu sorgen, dass die Tageslimite der Ergänzungsleistungen rechtzeitig so angepasst wird, dass mindestens die öffentlichen Alters- und Pflegezentren die Tarife angemessen anheben und ihre Kosten decken können. Die Bewohnerinnen und Bewohner sollen ihren Aufenthalt im AZP auch künftig mit der Inanspruchnahme von Ergänzungsleistungen finanzieren können.

Sollten die Anträge heute Abend gemäss Botschaft angenommen werden, erwarten wir, dass im Fall des Überzugs der Tageslimite der Ergänzungsleistungen die betreffenden Kosten unbürokratisch aus dem Solidaritätsfonds beglichen werden.

In der Fraktion hat sich die Frage gestellt, wie und wo Hilfe geboten wird, um einen Antrag an dem Solidaritätsfonds einzureichen. Besonders prekär dürfte im Falle einer Annahme der Anträge die Situation für die externen Bewohnerinnen und Bewohner werden, sprich von den Leuten, die eben nicht in Frauenfeld Steuern bezahlt haben. Gemäss Reglement des Solidaritätsfonds haben sie keinen Anspruch auf Leistungen aus diesem. Wir ersuchen Sie dringend, die Situation der externen Bewohnerinnen und Bewohner sorgfältig zu prüfen und auch in ihrem Fall aktiv pragmatische Lösungen zu suchen. Denkbar wären allenfalls grosszügig bemessene Übergangsfristen. Ein Teil unserer Fraktion ist der Meinung, dass die Tarifierhöhungen den städtischen Bewohnerinnen und Bewohnern aufgrund des Solidaritätsfonds vielleicht noch zumutbar sind, hat aber auch grosse Bedenken in Bezug auf die Auswirkungen auf die Personen, die von ausserhalb kommen.

Unsere Fraktion wird Ihre Anträge unter den gegebenen beschriebenen Umständen nicht geschlossen unterstützen können. Abschliessend danken wir Ihnen allen und Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und allen Freiwilligen des AZP für Ihren grossen täglichen Einsatz zum Wohl der Bewohnerinnen und Bewohner.

Gemeinderat Christian Schmid (SVP), Referent im Namen der Fraktion SVP/EDU: Diese Botschaft hat in unserer Fraktion zu Diskussionen geführt, da wir das gleiche Thema schon zum dritten Mal in Folge haben. Es ist uns bewusst, dass Teuerung und Fachkräftemangel für ein ausgeglichenes Budget schlechte Voraussetzungen sind. Auch mit der Bildung von Reserven für die Strategie AZP 2030 wird es sicher nicht einfacher. Die Hauptaufgaben des AZP sind die Personalkosten (ca. 75 %). Genau in diesem Bereich liegt aus unserer Sicht das grösste Potenzial, das Betriebsklima auf einen höheren Standard zu bringen, Leistungen effizienter zu erledigen und vor allem den administrativen Aufwand so klein wie möglich zu halten. Da ich selber Unternehmer bin, ist es mir bewusst, dass dies eine schwierige Aufgabe ist. Der administrative Aufwand nimmt von Jahr zu Jahr zu, Besserung ist nicht in Sicht. Das Betriebsklima zu erhöhen ist die grösste Chance, die Fluktuationsrate zu senken, temporäre Stunden zu reduzieren und gesunde Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu haben. Eine weitere Möglichkeit wäre, möglichst viel administrative Tätigkeit intern abzudecken. Wenn für Dienstleistungen Dritte angefragt werden, werden diese eingekauft, und dies wird das Ergebnis der Rechnung mittelfristig sicher nicht verbessern. Diese Tarifanpassungen im Jahresrhythmus sind unschön und betreffen die Bewohnerinnen

und Bewohner des Alterszentrums, die sicher nicht diesen Teuerungsausgleich bekommen werden. Aus der Diskussion in unserer Fraktion heraus stelle ich hier den Antrag, die Tarife nur um ca. 60 bis 75 % zu erhöhen. Dies heisst konkret,

1. Die Pensionspreise für Einzelzimmer im Haus Ergaten-Talbach des Alterszentrums Park werden per 1. Januar 2024 um 5 Franken pro Tag erhöht (statt 7 Franken).
2. Die Pensionspreise für Zweierzimmer im Haus Ergaten-Talbach des Alterszentrums Park werden per 1. Januar 2024 um 5 Franken pro Tag erhöht (statt 7 Franken).
3. Der Pensionspreis für zwei Personen in einer Altersheimwohnung im Haus Ergaten-Talbach wird per 1. Januar 2024 um 11 Franken auf Fr. 240 Franken pro Tag erhöht (statt 14 Franken).
4. Die Betreuungstaxe im Haus Ergaten-Talbach wird per 1. Januar 2024 um 4 Franken pro Tag neu auf Fr. 43 Franken pro Tag erhöht (statt 6 Franken).
5. Die Betreuungstaxe im Betreuten Wohnen wird per 1. Januar 2024 um 7 Franken pro Tag auf neu 42 Franken pro Tag erhöht (statt 10 Franken). Der Betreuungszuschlag für spezielle Wohnformen bleibt bei 10 Franken pro Tag.

Gemeinderat Reto Brunschweiler (FDP), Referent im Namen der Fraktion FDP: «Und täglich grüsst das Murmeltier» ist eine US-amerikanische Filmkomödie des Regisseurs Harold Ramis aus dem Jahr 1993. Bill Murray spielt den exzentrischen und sarkastischen Wetteransager Phil Conners, der in einer Zeitschleife sitzt und ein und denselben Tag immer wieder erlebt. Und täglich grüsst das Murmeltier gilt auch als einer der besten Filme der 90er-Jahre und eine der besten Filmkomödien überhaupt. Soweit mein kultureller Exkurs an dieser heutigen Sitzung.

Wir sind in der Zeitschleife Tariferhöhungen im AZP und beschäftigen uns jährlich mit diesen Botschaften. Vor genau einem Jahr haben wir in diesem Saal die letzte Tariferhöhung bestätigt. Die Versuchung war gross, das letztjährige Votum unverändert hier zu präsentieren, inhaltlich hat sich nämlich wenig verändert. Trotzdem erlaube ich mir, einige Gedanken der Fraktion FDP zur vorliegenden Botschaft zu präsentieren.

1. Die Gemeindeordnung gibt in Art. 52 vor, dass die Stadt Frauenfeld in eigener Verantwortung und auf eigene Rechnung das Alterszentrum Park betreibt. Die Tarife für das Alterszentrum Park sind jährlich so festzulegen, dass sie mindestens die Betriebskosten decken. Die Tarife für die Parksiedlung Talacker, einem Betriebszweig des Alterszentrums Park, haben die betriebswirtschaftlichen Folgekosten zu decken. Die Stadt hat sich damit diesen Auftrag erteilt, den es so umzusetzen gilt.
2. Wir stellen fest, dass die Kosten des Betriebs eines Alterszentrums sehr direkt vom angestrebten Ambitionsniveau, also der Liga, in der eine solche Institution einbettet, definiert werden. Ambitionsniveau und Strategie für den Betrieb beeinflussen sich gegenseitig und definieren die Massnahmen, welche dann die Umsetzung ermöglichen. Und diese Massnahmen generieren dann die Kosten, welche über die Tarife und andere Pfründe gedeckt werden müssen. Wir stellen fest, dass im AZP die Kosten aus unterschiedlichen Gründen weiter ungebremst steigen.
3. Wir sind zufrieden, dass mit der neuen Führungscrew im Departement und dem AZP das betriebswirtschaftliche Denken vermehrt umgesetzt und ihm Beachtung geschenkt wird.

Die Fraktion FDP stellt klar fest, dass wir nicht darum herumkommen, ab sofort zwingend an der einen oder anderen Schraube zu drehen, damit die Kosten in allen Bereichen, auch hier im AZP, nicht ins Unermessliche steigen. Mit den vielen bevorstehenden Projekten und den aktuell vielen guten Ideen werden wir die Stadt finanziell an den Abgrund fahren. Wir leben in Frauenfeld auf zu grossem Fuss. Diese Fuss- oder Schuhgrösse wurde vor langer Zeit mit einem massiv höheren Steuerfuss generiert und über die goldenen Jahre weiter gepflegt und kultiviert. Wer heute davon ausgeht, dass die Steuerquellen in den kommenden Jahren weiter so sprudeln werden, wie wir uns das von den letzten Jahren gewohnt sind, der wird schon bald ernüchtert feststellen, dass wir ein ernsthaftes Problem haben werden.

Es ist uns bewusst, dass diese Feststellungen und die in der Logik daraus abzuleitenden Massnahmen die aktuellen Probleme des AZP nicht lösen würden. Wir müssen unsere Stadtfinanzen ins Zentrum unseres Denkens und Handelns stellen. Hier geht es tatsächlich um einen durch die Gemeindeordnung definierten Auftrag, der umgesetzt werden muss. In Anbetracht der sich stetig verschlechternden Lage der Stadtfinanzen ist die Erhöhung der Tarife im vorgeschlagenen Rahmen notwendig. Die Kostensteigerungen vor allem im Personalbereich sind ausgewiesen, und die Gemeindeordnung gibt den Deckungsgrad durch die Tarife vor.

Ob wir nun mit dem aktuellen Ambitionsniveau einverstanden sind oder nicht, spielt aktuell keine Rolle und muss zu einem anderen Zeitpunkt diskutiert werden. Wenn heute an der Personalschraube gedreht würde, bekanntlich dem Mittel, wo man am schnellsten finanzielle Wirkung im Ziel spüren würde, würde das die Negativspirale anheizen, was die Problematik der Attraktivität des AZP als Arbeitgeber nachhaltig schwächen würde. Das Personal des AZP, welches einen sehr guten Job leistet, hat Anrecht auf gute, dem Markt angepasste Anstellungsbedingungen. Aber wir müssen uns mittel- und langfristig strukturelle Gedanken machen. Die Sachlage der Botschaft ist eindeutig und wir können es drehen und wenden, wie wir wollen, die Kostenrechnung des AZP zeigt, dass die Einnahmen und Ausgaben sowohl im Bereich der Pension als auch der Betreuung nicht mehr ausgeglichen sind.

Vor diesem Hintergrund wird die Fraktion FDP die Anträge 1 bis 5 der vorliegenden Botschaft einstimmig annehmen. Wir danken bei dieser Gelegenheit allen Mitarbeitenden des AZP für ihren Einsatz in einem schwierigen Umfeld herzlich. Wir sehen die Herausforderungen, welche unter Zeit-, Personal- und Kostendruck den Arbeitsalltag prägen und nicht immer zum gewünschten Resultat beitragen. Herzlichen Dank.

Zu den Anträgen der SVP: Wir haben Sympathien für die Bewohner des AZP, die durch die gestiegenen Lebenshaltungskosten zu höheren Ausgaben gezwungen sind. Wir haben aber auf der anderen Seite, wie ich vorhin ausgeführt habe, auch die gesetzlichen Vorgaben, die erfüllt sein müssen. Ich verweise hier auf die Gemeindeordnung Art. 52. Ja, wahrscheinlich wäre es an uns, abweichende Tarife resp. das Nichteinhalten der gesetzlichen Vorgaben zu beschliessen. Dann müsste aber im Budget ein Posten geführt werden, wo die ausstehenden Fehlbeträge der Stadtrechnung zugewiesen würden. Das AZP hat aktiv den Ball aufgenommen und wird strukturell im Rahmen des Strategieprozesses jetzt eine Weiterentwicklung erarbeiten. Wir müssen dem AZP diesen Schritt ermöglichen. Wir müssen nicht jetzt in einer Furzgaloppübung eine Planung abwürgen und damit eine Entwicklung verunmöglichen. Aber nächstes Jahr müssen wir Massnahmen sehen, welche gegriffen haben. Massnahmen, die aus dem Strategieprozess abgeleitet worden sind, der jetzt umgesetzt wird.

Gemeinderätin Susanne Weibel Hugentobler (SP), Referentin im Namen der Fraktion

SP: Wir danken der zuständigen Stadträtin für die ausführliche Botschaft und die Beantwortung unserer offenen Fragen dazu in der GPK-Sitzung. Eigentlich hätte ich wie der Kollege vorhin einen grossen Teil meines Votums von vor einem Jahr nochmals vorlesen können, denn leider stehen wir wie schon erwähnt auch in diesem November wieder vor dem genau gleichen Dilemma wie vor einem Jahr. Einerseits ist es für uns nachvollziehbar, dass die Tarife steigen. Die Teuerung erhöht weiter viele Ausgaben des AZP, und die angespannte Personalsituation lässt die Personalkosten in den verschiedenen Bereichen weiter steigen. Auf der anderen Seite möchten wir die Bewohnerinnen und Bewohner nicht mit erhöhten Tarifen belasten, da wohl einige ebenfalls mit den bereits gestiegenen Lebenshaltungskosten zu kämpfen haben und nun sogar erstmals mit den Tarifen bei einigen Zimmern die EL-Höchstgrenze überschritten wird. Auch dazu haben wir schon viel gehört.

Um es gleich vorweg zu nehmen, wir haben auch in diesem Jahr leider mehr Gründe gefunden, die für eine Erhöhung der Tarife sprechen. Gerade die Personalkosten können in der aktuellen Situation nicht gekürzt werden. Im Gegenteil, die geplanten Lohnerhöhungen in einigen Bereichen sind längst überfällig, die Arbeitsmarktsituation verschiebt den Hebel immer stärker in Richtung Arbeitnehmer*innen, und die Konkurrenz um die Fachkräfte ist gross. Hier können und

wollen wir einfach nicht sparen, deshalb werden wir auch Anträgen zu tieferen Erhöhungen nicht zustimmen. Wir können uns nicht vorstellen, wie man einsparen könnte, ohne beim grössten Posten, dem Personal zu sparen. Wir hoffen, dass sich mit den angepassten Löhnen und weiteren Massnahmen im Personalbereich die Situation weiter stabilisiert und man wieder weniger mit temporärem Personal arbeiten muss. Denn hier gäbe es bekanntlich einiges Sparpotenzial.

Noch ein paar Worte zur Reservebildung, die ebenfalls einen Teil der Kostensteigerung ausmacht: Mit den hier eingeplanten Mitteln kann nur ein Defizit in jenem Konto abgedeckt werden. Es ist noch nicht mal möglich, mit der eigentlichen Reservebildung zu beginnen. Leider wurde es in den letzten Jahrzehnten versäumt, hier rechtzeitig mit dem Aufbau einer Reserve zu beginnen. Dies bedeutet, dass erst in den Folgejahren, wenn überhaupt, rechtlich mit der eigentlichen Reservebildung gestartet werden könnte, was dann wiederum zur Folge hat, dass die Stadtkasse auf anderem Wege mit den Erneuerungskosten des AZP belastet wird. Diese Frage wird uns noch intensiv beschäftigen.

Fazit: Wir werden den Tariferhöhungen zustimmen, wenn auch mit grossen Bauchschmerzen. Wir bitten die Mitarbeitenden des AZP wiederum, dass den Bewohnerinnen und Bewohnern, die mit der Erhöhung der Tarife an ihre finanziellen Grenzen kommen, frühzeitig und aktiv die Unterstützungsmöglichkeiten durch den Solidaritätsfonds aufgezeigt werden. Vielen Dank für Ihre wichtige Arbeit.

Gemeinderätin Ruth Krähenmann Hoenen (Die Mitte), Referentin im Namen der Fraktion Die Mitte/EVP: Die Botschaft liegt vor und führt uns in einer gut erklärten Deutlichkeit vor Augen, warum die Pensionspreise und Betreuungstaxe im Alters- und Pflegeheim Ergaten-Talbach sowie die Betreuungstaxe im Betreuten Wohnen erneut nach oben angepasst werden müssen. Auch die anderen Gründe für die Kostensteigerung sind uns bekannt. Wir danken allen Beteiligten im AZP für die gut strukturierte Botschaft und die grosse Arbeit dahinter.

Es steigen die Aufwände sowohl bei den Personal- wie auch bei den Sachkosten markant. Die bekannten Kostentreiber sind bekannt bzw. wurden schon ausführlich im GPK-Votum genannt. Es muss darum auch im laufenden Jahr voraussichtlich erneut mit roten Zahlen abgeschlossen werden.

Auf der Ertragsseite läuft es demgegenüber, also den Kostentreibern gegenüber im AZP weiterhin gut, d. h., sie verzeichnen mit Ausnahme des Tageszentrums und des Betreuten Wohnens eine sehr gute Belegung, welche sogar über dem Budget liegt.

Die Kalkulation der Tarife ist im AZP eng bemessen. Es gibt keine Marge mit viel Spielraum. Die Preise sollen sich im Rahmen anderer vergleichbarer Institutionen bewegen, kostendeckend sein sowie Rückstellungen für allfällige Betriebsdefizite und werterhaltende Investitionen ermöglichen. Das gibt Art. 20 Abs. 2 des AZP-Reglements vor.

Wir erwähnen noch die spezielle Situation mit der Nähe zum Kanton Zürich mit deutlich höheren Löhnen, welche es für die Rekrutierung und den Erhalt von guten Leuten nicht gerade einfach macht. Neueinstellungen müssen deshalb mit Kompetenzzulagen gemacht und zugleich der finanzielle Spagat mit den langjährigen Mitarbeitenden gefunden werden. Positiv hervorzuheben ist auch, dass im AZP viele junge Menschen eine Grundausbildung mit EFZ- und EBA-Abschluss sowie eine HF-Ausbildung absolvieren können. Das ist, wie alle wissen, wichtig und ein wertvoller Beitrag gegen den Arbeits- und Fachkräftemangel. Würden sie das nicht mehr machen, müssten sie in den Berufsbildungsfonds einzahlen.

Aus diesen Gründen und weil wir als Fraktion hinter einem Alterszentrum der Stadt stehen, sowie weil wir auch die Massnahmen sehen und anerkennen, welche die Zentrumsleitung in Angriff genommen hat, braucht es diese Tariferhöhungen. Die finanziellen Herausforderungen sind

im Moment gross, und wenn das AZP das Geld nicht zur Verfügung hat, müssen sie Einsparungen vornehmen, die das AZP in seiner Entwicklung bremsen oder es daran hindern, auf dem Markt, also Bewohnende und Personal, gut aufgestellt zu sein.

Wir sind auch gegen reduzierte Erhöhungen für 2024. Die Chance wird dadurch nicht besser, ob sie im nächsten Jahr besser durchkämen, ist auch nicht sicher.

Und nun möchte ich die Redezeit nützen, um vom heutigen Einblick ins AZP kurz zu berichten. Kollegin Priska Brenner-Braun und ich waren heute fast den ganzen Tag im AZP. Wir konnten mit Gruppenleiterinnen mitlaufen, wir waren bei Bewohnerinnen und Bewohnern in der Parksiedlung zur Medikamentenabgabe, haben gesehen, wie jemand in den Rollstuhl gehievt wird, wie zum Beispiel ein anderes Pflegepaket arrangiert wird, im Ergaten Süd konnten wir beim Mittagessen-Verteilen und zum Teil beim Eingeben mithelfen. Mitarbeitende haben uns aus ihrem Arbeitsalltag bereitwillig erzählt. Die Aktivierungstherapeutin hätte uns noch länger erzählen können, was sie macht bzw. was die Gruppe dort macht und welche Ideen bestehen. Die beiden Frauen von der Fachentwicklung Pflege gaben uns einen vertieften Einblick zu den gesellschaftlichen Veränderungen, welche in den letzten etwa zehn Jahren auch in der Langzeitpflege angekommen sind. Im Betreuten Wohnen an der Gerlikonerstrasse habe ich das ganze Haus sehen können, mit drei Bewohnern plaudern können und einfach gesehen, wie ihr Zuhause und ihr Alltag so aussieht. Die Verantwortliche für die Bildung hat uns über die Ausbildung von momentan 43 Lernenden berichtet. Ein Beispiel nur, was wirklich für einen tollen Arbeitgeber spricht, ist, dass die 8 HF-Studierenden ehemalige Lernende sind. Beim Mittagstausch realisierten wir, dass so ein Heim ein Spiegel unserer Gesellschaft ist. Von 13-jährigen Schnupperlehrlingen bis zu 100-Jährigen vereint sich hier alles, was wir, zumindest, nur vom Hörensagen kennen. Wir haben beide eine Hochachtung vor der Arbeit, die im AZP tagtäglich und nächtlich geleistet wird. Wir haben die Strategie 2030 sozusagen live gespürt. An dieser Stelle danke ich ganz offiziell der ganzen Zentrumsleitung für diesen Tag. Und der Gemeinderat sei jederzeit herzlich willkommen.

Gemeinderat Roland Wyss (EVP), Referent im Namen der Fraktion Die Mitte/EVP: Die Fraktion Die Mitte/EVP empfiehlt Ihnen, die Anträge der SVP abzulehnen. Das Geschäftsfeld im Pflegebereich ändert sich nicht jährlich, sondern monatlich. Die Einnahmenseite ist erschöpft. Gemäss aktuellem Stand, wir haben es gehört, werden die Kantonsbeiträge der Normkosten nicht erhöht. Auch die Ergänzungsleistungsbeiträge wurden zwar auf dieses Jahr erhöht, mit dem Versprechen, dass bis 2026 keine Anpassung erfolgt. Es wäre schön, wenn sich alle Politikerinnen und Politiker in diesem Rat bei den kantonalen Vertretern dafür einsetzen würden, dass diese Tarife angepasst werden. Denn wenn wir das nicht tun, werden wir auch nächstes Jahr wieder über eine Tarifierhöhung diskutieren. Auch mit den Vorgaben des Richtstellenplans ist es unmöglich, die von den Bewohnerinnen und Bewohnern gewünschte Pflege zu erbringen. Weniger Einnahmen bedeuten bei einer ausgeglichenen Rechnung automatisch weniger Ausgaben. Weniger Ausgaben bedeuten, dass die nötigen Anpassungen auch beim Lohn nicht gemacht werden können. Dies bedeutet gleichzeitig, dass sich die Fluktuation noch mehr erhöht, weniger Personal gehalten werden kann, weniger Personal gefunden wird, die Temporäreinstellungen und somit die Kosten zunehmen oder Zimmer oder ganze Abteilungen nicht mehr belegt werden können, was wiederum einen Einfluss auf die Einnahmen hat.

Was wollen wir unseren Eltern, Grosseltern im letzten Lebensabschnitt gönnen und – egal in welcher Form – mitfinanzieren? Tarifierhöhungen sind nie erfreulich. Aus eigener aktueller Erfahrung kann ich Ihnen aber sagen, dass diese Erhöhungen nicht für viel Gesprächsstoff sorgen. Wissen Sie, was die Probleme der Angehörigen und der Bewohnerinnen und Bewohner sind? Wieso ist ständig eine andere Person für mich, meine Mutter oder meinen Vater zuständig? Wieso gibt es so viel Personalwechsel? Die Fraktion Die Mitte/EVP wird die beantragten Kürzungen ablehnen.

Gemeinderätin Priska Brenner-Braun (GP), Referentin im Namen der GP sowie im eigenen Namen: Ich möchte mich sehr herzlich bedanken für diesen spannenden Tag heute. Ich kann Ihnen nur empfehlen, so einen Tag auch einmal zu nützen oder zu geniessen. Ich bin wirklich immer noch überwältigt von der Sorgfalt, mit der dieser Tag gestaltet wurde, und ich möchte Ihnen noch zwei oder drei Rückmeldungen geben, die mich auch sehr berührt haben.

Ich war auf einer Station morgens ab 7:00 Uhr. Ich habe dort eine Pflegefachfrau auf ihrer Runde begleitet. Sie war den Leuten behilflich beim Aufstehen, wir haben Frühstück ausgeteilt, und mehrere Leute haben mir gesagt, ohne dass ich gefragt habe: «Wir sind hier so gut aufgehoben, wir fühlen uns so gut, es wird so gut zu uns geschaut.» Das ist natürlich eine Momentaufnahme, ich möchte diese aber mit Ihnen teilen.

Zu den Tarifen ganz allgemein habe ich noch kurz nach Zürich geblickt, wo ich auch arbeite und immer wieder für Finanzierungen von Pflegeheimaufenthalten zuständig bin. Da sind die Tarife ab 145 Franken, ab 150-200 Franken für die Hotellerie, ab 55 oder 60 Franken für die Betreuung. Ich denke, wir haben hier nicht ein Problem, dass die AZP-Tarife überrissen sind. Wir haben ein Problem, dass der Kanton nicht mitzieht und dass der Kanton die Leistungen der Ergänzungsleistungen nicht anpasst, die eigentlich dringend erforderlich wären. Das ist eigentlich das Problem, das wir haben.

Ich habe noch ein Votum von der Grünen Partei. Ich werde versuchen, das ein bisschen zusammenzufassen, weil wir schon viel gehört haben. Ich möchte einfach noch mal erwähnen, dass es aus meiner Sicht eigentlich eine Selbstverständlichkeit ist, dass wir mit den Sozialversicherungen Pflegezentrumsaufenthalte finanzieren können sollten. Da muss niemand einen Antrag stellen und normalerweise muss auch niemand Sozialhilfe beziehen, denn eigentlich bleibt für die meisten nichts anderes übrig. Wenn wir uns darauf einlassen, resp. wenn wir das vom Kanton einfach akzeptieren, dass das so funktioniert, dass wir den Druck nach unten weitergeben, dann fördern wir damit ja auch Doppelbelastungen in den Stellen. Wenn Sie die Leute dann noch zur Sozialhilfe schicken müssen, um einen Aufenthalt zu finanzieren, generiert das Kosten und braucht dort auch mehr Arbeitsplätze. Das ist eigentlich ein völliger Unsinn. Eigentlich muss der Kanton sicherstellen, dass Pflegezentren arbeiten können und dass diese finanziert werden können. Soweit meine Zusammenfassung.

Wir können uns wirklich noch fragen, ob wir im öffentlichen Alterszentrum einer Kantonshauptstadt erwarten dürfen oder können, dass Menschen, die hier jahrelang Steuern bezahlt haben, auch noch einen Fondsbeitrag stellen müssen, damit sie ein Alterszentrum finanzieren können. Durchschnittlich kostet in der Schweiz ein Aufenthalt 10'215.89 Franken. Wir sprechen hier von einem Durchschnitt. Sie können sich ausrechnen, wenn sie 60'000 Franken haben, können Sie das vielleicht sechs Monate zahlen, und spätestens dann fragt sich, wie das weitergeht. Wir sehen natürlich auch, dass das AZP das Geld braucht, trotzdem werden wir von der Grünen Partei nicht allen Anträgen zustimmen können. Ich werde den Antrag 1 und den Antrag 4 heute ablehnen. Und zwar nicht, weil ich die Notwendigkeit der Tariferhöhungen nicht sehe, sondern weil es für mich einfach nicht der richtige Weg ist. Ich möchte sie aber als Stadträte, als Kantonsräte und auch uns als Gemeinderäte bitten, dass wir wirklich beim Kanton Druck machen, weil es einfach nicht sein kann, dass öffentliche Institutionen letztendlich über die Sozialhilfe finanziert werden müssen. Das ist unwürdig und verletzt auch das Recht auf Privatsphäre, wenn ich gegenüber meiner Pflegeinstitution auch noch meine Finanzen offenlegen muss, um am Schluss die Rechnung zahlen zu können. Wir müssen ja auch damit rechnen, dass die Menschen nur beschränkt in der Lage sind, überhaupt für ihre Rechte zu kämpfen. Das ist auch nichts Neues, wenn sie im Pflegeheim sind, haben sie auch noch ein Problem mit der Administration.

Gemeinderatspräsident Pascal Frey (SP): In der Zwischenzeit haben uns Gemeinderätin Severine Hänni und Gemeinderat Sandro Erné aufgrund weiterer Verpflichtungen verlassen. Es sind 37 Gemeinderätinnen und Gemeinderäte anwesend, das absolute Mehr beträgt 19.

Gemeinderat Ivo Begic (SP), Referent im eigenen Namen: Wir haben heute Abend alles gehört und es gibt nicht viel Neues zu sagen. Wie ich merke und wahrscheinlich jeder von euch auch weiss, haben wir ein grosses Problem. Probleme da, Probleme hier, Probleme oben, Probleme unten, von allen Seiten Probleme. Das grösste Problem im Moment ist das Geld. Wir haben kein Geld. Woher holen wir das Geld? Wenn wir die gewünschte Erhöhung streichen, am liebsten würde ich das machen, fehlen die Gelder. Wenn wir es kürzen, wird trotzdem Geld fehlen, dann haben wir wieder nichts erreicht. Dann kommt es nächstes Jahr, dann müssen wir wieder über die gleiche Sache diskutieren und abstimmen. Ist dies das Ziel? Wahrscheinlich nicht. Gibt es Lösungen? Ja. Es ist sehr einfach. Ich kann eine vorschlagen, aber wahrscheinlich wird sie niemandem hier gefallen. Die Stadt sollte dem AZP einfach mehr Geld geben, dann müssen wir nicht jedes Jahr über die gleiche Sache reden. Ich weiss, wir haben keines, aber das ist mein Vorschlag.

Stadträtin Regine Siegenthaler (Die Mitte): Ich danke Ihnen für Ihre Ausführungen zur Tarifröbotschaft, aus denen Ihre Verantwortung gegenüber älteren, pflegebedürftigen Menschen in Frauenfeld deutlich zum Ausdruck kommt. Im Alterszentrum Park will die Stadt bedürfnisgerechtes Wohnen sowie Pflege und Betreuung bieten. Das AZP hat sich dabei im Markt zu behaupten, muss wie andere Institutionen am wirtschaftlichen Wettbewerb teilnehmen und kostendeckend wirtschaften. Wir sind uns sicher einig darüber, dass sich die Preise für Bewohnende dabei er-schwinglich zu gestalten haben.

Die finanzielle Situation des AZP ist herausfordernd. Das hat viel mit gesellschaftlichen und gesamtpolitischen Entwicklungen sowie dem wirtschaftlichen Umfeld zu tun und weniger mit den Leistungen des AZP. Ich danke Ihnen, dass Sie das auch so sehen. Erneut haben Sie ausdrücklich dem Personal des AZP für seine engagierte Arbeit gedankt. Heute haben wir auch von zwei Gemeinderätinnen dazu sehr persönliche und wertschätzende Voten gehört. Diesem Dank schliesse ich mich mit Überzeugung an.

Die Auslastung und die Erträge sind nicht das Problem. Gemeinderätin Ruth Krähenmann hat es detailliert ausgeführt. Belastend sind steigende Aufwände beim Personal und den Sachkosten, die das AZP ohne Mehreinnahmen nicht decken kann. Lassen Sie mich – und entschuldigen Sie – das wiederholen, weil es wichtig ist. Es sind etwa die Kosten für mehr Personal aufgrund des wachsenden Pflegebedarfs der Bewohnenden und aufgrund von Langzeitabsenzen. Es sind Mehrkosten für temporäres Personal. Das AZP bezahlt für Temporäre 40 % mehr. Es ist eine geringe Lohnerhöhung beim Pflegefachpersonal und bei Mitarbeitenden ohne Ausbildung. Es ist die Teuerung auf den Löhnen, und das ist viel. Etwa im Haus Ergaten-Talbach allein 200'000 Franken. Und es sind gestiegene Energietarife (+15 %) und Kosten für Zinsen (um 60 % Erhöhung).

Sie haben es gehört, auch das laufende Jahr, das voraussichtlich bedauerlicherweise im Defizit abschliessen wird, zeigt diese Haupttreiber.

Die finanziellen Herausforderungen treffen nicht nur den Betrieb des AZP. Ich höre von diversen Heimen, die Defizite schreiben und Tarife anpassen müssen. Mit den gleichen Begründungen. Gemäss Art. 20 Abs. 2 AZP-Reglement – Sie haben es heute auch schon mehrfach gehört und ich beschränke mich hier auf einen Aspekt – sollen die Preise kostendeckend sein sowie Rückstellungen ermöglichen. Mit anderen Worten: Wenn wir bei den heutigen Aufwandsteigerungen keine Tariferhöhung vornehmen, halten wir Art. 20 Abs. 2 nicht mehr ein. Für ein ausgeglichenes Budget legen wir Ihnen die Tariferhöhung im beantragten Umfang vor. Das ist berechnet und keine beliebige Zahl. Etwa berücksichtigt dies im Budget eine Einlage in die Spezialfinanzierung zum Defizitabbau. Reservebildung ist gerade im Hinblick auf die Strategie AZP 2030 dringend nötig und vom Reglement gefordert. Gern nehme ich aber den Input auf, diese Frage rechtlich näher zu klären. Diese Reservebildung ist aber eine grosse Herausforderung, weil wir bei der Tarifgestaltung zurückhaltend waren und auch zurückhaltend sein müssen. Zudem sind zuerst, das haben wir heute auch schon gehört, die Defizite auszugleichen. Im Budget 2024 ist

ein minimaler Gewinn über alle Bereiche von insgesamt 100'000 Franken berücksichtigt. Auf 22.5 Mio. Franken Aufwand ist das ein sehr kleiner Puffer von gerade mal 0.4 %. Da der Kanton entgegen unseren Erwartungen darauf verzichtet hat, die Pflegerestkostenfinanzierung auf 2024 anzupassen, bleiben die Pflegebeiträge mit den Kantons- und Gemeindebeiträgen, den Krankenkassenbeiträgen und dem Eigenanteil schlicht eingefroren. Einfluss haben die Heime also nur bei den Betreuungstaxen und den Pensionspreisen. Im Pensionspreis inbegriffen sind Beherbergung, Verpflegung, Infrastrukturkosten, Reinigung von Wäsche und Zimmer, Wohnnebenkosten und Anlässe. Alles Bereiche, die von der Teuerung markant betroffen sind. Mit der Betreuungstaxe werden umfassende AZP-Betreuungs- und Unterstützungsleistungen ausserhalb der Pflege finanziert.

Ich möchte hier betonen, dass wir mit diesen Pensionspreisen und Betreuungstaxen keine Quersubventionierung betreiben werden, also keine Pflege finanzieren werden. Das stellt unsere Kostenrechnung sicher. Das AZP ist laufend daran, die Kosten zu überprüfen und zu senken. Wir haben schon im GPK-Votum einige der vielen Projekte gehört. Sie sind wichtig und machen die Entwicklung des AZP möglich. Das AZP gewinnt so auch als Arbeitgeber an Attraktivität. Wir werden uns aber sicher auch strukturelle Gedanken und Überprüfungen machen. Daran sind wir bereits, daran werden wir auch bei der Umsetzung der Strategie AZP 2030 bleiben.

Nun zu den Anträgen der SVP/EDU-Fraktion: Das Budget 2024 enthält keine Wünschbarkeiten und ist knapp berechnet. Beim Betreuten Wohnen soll gemäss Botschaft die Betreuungstaxe neu gleich hoch sein wie diejenige im Alters- und Pflegeheim. Mit dem Kürzungsantrag hätten wir 7'000 Franken Mindereinnahmen und ein Minus im Budget.

Beim Ergaten-Talbach liegt im Budget 2024 der Mehraufwand beim Personal gegenüber Budget 2023 bei über 500'000 Franken. Stichworte: Teuerung, Betriebserfahrungszuschlag, individuelle Erhöhung, Umkleidepauschale, mehr Personal, mehr Temporäre, wobei ich auch erwähnen muss, dass neu im Budget die Temporären und die Langzeitabsenzen in diesen Personalkosten berücksichtigt sind.

Der Sachaufwand ist gegenüber 2023 nur wo absolut notwendig, etwa bei den Zinsen, erhöht worden. Demgegenüber hätte das AZP, wenn im Ergaten-Talbach die Pensionspreise nur 5 Franken statt 7 Franken und die Betreuungstaxe nur 4 Franken statt 6 Franken erhöht werden, Mindereinnahmen von insgesamt etwa 130'000 Franken. Das vor Augen müsste das AZP also Einsparungen vornehmen, etwa bei der individuellen Besoldung 40'000 Franken, etwa bei den Lebensmitteln, die weniger regional und saisonal eingekauft würden, nochmals 40'000 Franken, weniger Weiterbildung, weniger Anlässe, weniger Projekte und weniger Defizitabbau in der Spezialfinanzierung. Aber ich will hier nicht zu operativ werden. Solche Einsparungen würden das AZP bremsen, sich zu entwickeln, sich als Pflegeheim auf dem Markt und als Arbeitgeber gut aufzustellen. Ich lege Ihnen deshalb ans Herz, diese Reduktion nicht zu unterstützen.

Das AZP strebt an, dass die beantragten Tarifierhöhungen auch mittelfristig ausreichen. Denn wir wollen möglichst nicht bzw. nicht weiter über die EL-Limite hinausgehen. Im Vergleich zu anderen Kantonen ist die EL im Thurgau jedoch auch sehr tief und sehr starr. Die neuen Tarife reichen ab 2025, auch wenn wir uns um Einsparungen sehr bemühen werden, nur, wenn der Kanton mit den Restkosten wieder mitzieht und der Aufwand nicht anhaltend weiter steigt.

Ich bedaure aus Sicht der Bewohnenden die Erhöhung der Tarife. Wir haben gehört, dass 60 % der Bewohnenden in der Schweiz über EL finanziert werden müssen, um die Pflegeheime zu finanzieren. Ich kann hier betonen, das AZP weiss selber nicht, wer über die EL finanziert wird und wer nicht. Das AZP weist die Bewohnenden aber immer wieder darauf hin, dass der Solidaritätsfonds besteht und Beträge daraus entrichtet werden können. Und das AZP wird selbstverständlich auch unterstützen, entsprechende Anträge auszufüllen oder zu stellen.

Wie Sie wissen, gibt es im AZP ganz verschiedene Zimmer mit unterschiedlichen Preisen und unterschiedlichen Grössen. Es gibt Einz Zimmer und Zweierzimmer. Bereits heute wird natürlich auch darauf geachtet, wer welche Zimmer erhält, und da wird natürlich auch geschaut, wer welche finanziellen Verhältnisse hat.

Ich erlaube mir, auch noch auf folgenden Punkt hinzuweisen: Es gibt auch ältere Menschen in guten finanziellen Verhältnissen. Hier fragt sich, wer die steigenden Kosten des individuellen Heimaufenthalts tragen soll, bzw. ob die Allgemeinheit vollumfänglich dafür aufzukommen hat und die Tarife nicht kostendeckend mitsteigen sollen. Und ich meine hier nur die Teile des Heimaufenthalts, die selbstfinanziert werden müssen. Für das AZP gilt: Kann dem gestiegenen Aufwand kein höherer Ertrag entgegengestellt werden, wird es auf Dauer nicht selbsttragend sein und die Stadtkasse belasten. In diesem Sinn ersuche ich Sie, liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, den fünf Anträgen in der Botschaft ohne Reduktion der Beträge zuzustimmen.

Abstimmung

Antrag 1 der Botschaft:

Der Antrag der SVP/EDU-Fraktion (Erhöhung 5 Franken statt 7 Franken) wird mit 7 Ja-Stimmen gegen 30 Nein-Stimmen abgelehnt.

Der Antrag des Stadtrats wird mit 27 Ja-Stimmen gegen 9 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

Antrag 2 der Botschaft:

Der Antrag der SVP/EDU-Fraktion (Erhöhung 5 Franken statt 7 Franken) wird mit 7 Ja-Stimmen gegen 30 Nein-Stimmen abgelehnt.

Der Antrag des Stadtrats wird mit 30 Ja-Stimmen gegen 7 Nein-Stimmen angenommen.

Antrag 3 der Botschaft:

Der Antrag der SVP/EDU-Fraktion (Erhöhung 11 Franken statt 14 Franken) wird mit 7 Ja-Stimmen gegen 30 Nein-Stimmen abgelehnt.

Der Antrag des Stadtrats wird mit 30 Ja-Stimmen gegen 7 Nein-Stimmen angenommen.

Antrag 4 der Botschaft

Der Antrag der SVP/EDU-Fraktion (Erhöhung 4 Franken statt 6 Franken) wird mit 7 Ja-Stimmen gegen 30 Nein-Stimmen abgelehnt.

Der Antrag des Stadtrats wird mit 26 Ja-Stimmen gegen 11 Nein-Stimmen angenommen.

Antrag 5

Der Antrag der SVP/EDU-Fraktion (Erhöhung 7 Franken statt 10 Franken) wird mit 7 Ja-Stimmen gegen 30 Nein-Stimmen abgelehnt.

Der Antrag des Stadtrats wird mit 30 Ja-Stimmen gegen 7 Nein-Stimmen angenommen.

Gemeinderatspräsident Pascal Frey (SP): Sie haben somit allen Anträgen des Stadtrats in unveränderter Form gemäss Botschaft zugestimmt.

Wir haben die heutige Tagesordnung durchberaten. Von den Gemeinderätinnen und Gemeinderätin Roland Wetli, Priska Brenner-Braun, Stefan Leuthold, Christoph Regli und Susanne Weibel Hugentobler wurde eine Motion mit dem Titel «Senkung der finanziellen Hürden bei der Einbürgerung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen» eingereicht. Es haben 17 Gemeinderätinnen und Gemeinderäte nebst den Motionärinnen und Motionären mitunterzeichnet.

Die nächste Gemeinderatssitzung findet am Mittwoch, 13. Dezember 2023 statt. Bitte beachten Sie, dass die Sitzung bereits um 16:00 Uhr startet.

Ich wünsche Ihnen allen einen guten Start in die Weihnachtszeit und erinnere Sie nochmals an die nicht-öffentlichen Informationen im Anschluss an diese Sitzung.

Ich möchte Ihnen danken für das aktive und konstruktive Mitdiskutieren und Aufstehen. Ebenso danke ich dem Ratssekretär und dem Team der Stadtkanzlei für die wertvolle Unterstützung bei der Vorbereitung und der Stadtgärtnerei für den herbstlichen Blumenschmuck. Ich erkläre die Gemeinderatssitzung hiermit für geschlossen.

- - -

Schluss der Sitzung: 20:20 Uhr.
